

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 106.

Freitag, den 8. Mai 1914.

21. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Vor fünfzig Jahren.

Unsere Patrioten, die mit Gott für König und Vaterland streiten, wissen gar nicht, wie gut sie es haben. Sie können an das fröhliche Ende der Jahrhundertfeier den fröhlichen Anfang einer Halbjahrhundertfeier knüpfen, denn vor 50 Jahren begann in dem dänischen Kriege von 1864 die Wogenröte der neuzeitlichen Reichsherrschaft zu tagen. Aber sie wollen nicht recht heran und begnügen sich im günstigsten Falle mit einigen sauer süßen Artikeln ihrer Zeitungen.

Befiehet man die Sache bei Lichte, so ist sie freilich nicht ganz so verwunderlich, wie sie auf den ersten Blick erscheint. Die Tochter jenes Erbprinzen von Augustenburg, der vor 50 Jahren um sein unzweifelhaft legitimes Erbrecht in Schleswig-Holstein geprellt wurde, ist heute die Gattin des deutschen Kaisers, und der Enkel des Königs von Hannover, der vor 50 Jahren seine ungeweihte legitime Krone einbüßte, genießt das junge Eheglück, das ihm die einzige Tochter des Kaisers schenkt. Wie Buridans Esel zwischen zwei Bündeln Heu, so steht der brave Patriot zwischen zwei Gettrümpfen, und in eins von beiden muß er schon treten, wenn er die Harse zur Halbjahrhundertfeier stimmen will. So zieht er es denn vor, zu schweigen.

Während es das Verhängnis der herrschenden Klassen ist, vor der Erinnerung an ihre eignen Großtaten schamhaft das Haupt zu verhehlen, ist es das stolze Vorrecht der Arbeiterklasse, daß sie der Geschichte immer frei ins eherner Antlitz blicken darf, ohne daß sie je ihre Augen niederzuschlagen braucht. Und so wollen wir einen Blick darauf werfen, wie vor einem halben Jahrhundert das neuzeitliche Reich entstand.

Seit der Gründung des Deutschen Zollvereins unter preussischer Vorherrschaft lag die Frage der deutschen Einheit so, daß entweder die deutsche Bourgeoisie ein bürgerliches Reich oder die preussische Krone ein „verlängertes Preußen“ schuf, um in der Sprache des alten Kaisers Wilhelm zu reden. Jeder von beiden Teilen machte seinen Versuch, die Bourgeoisie in der Revolution von 1848, die preussische Krone in der Gegenrevolution der nächsten Jahre, aber Glück hatte weder die eine noch die andere. Man konnte höchstens darüber streiten, wer schmählicher unterlegen war: die Bourgeoisie in Frankfurt oder die Krone in Olmütz.

Jedoch die ökonomische Entwicklung ging ihren unaufhaltsamen Gang weiter, und mit ihrem gewaltigen Aufschwung in den 50er Jahren wurde die schon mit der Gründung des Zollvereins gestellte Frage der deutschen Einheit brennender denn je. Aber nicht ebenso ühte der Mut in der Brust derer, die zu ihrer Lösung berufen waren, seine Spannkraft. Der Bourgeoisie lag Frankfurt und der Krone lag Olmütz in den Gliedern, und die beschämende Erinnerung an ihre Niederlagen vergällte ihnen auch den Gedanken, mit vereinten Kräften zu versuchen, was den einzelnen mißlungen war. In den Tagen der sogenannten neuen Ära versuchte man zwar sich anzufreunden, aber das gegenseitige Mißtrauen war nicht zu überwinden und eskalierte alsbald in der erbitterten Raubgier der Konfliktjahre. Diese Sachlage richtig erkannt und ihre richtigen Konsequenzen gezogen, die beiden habenden Teile so brutalisiert zu haben, daß sie gern oder ungern vollzogen, was nun doch einmal eine historische Notwendigkeit war, das ist Bismarcks historische Tat gewesen.

Wenn zu allem Brutalisieren immer zwei gehören: einer, der brutalisiert, und einer, der sich brutalisieren läßt, so ist der Brutalisierte immer schuldiger als der Brutalisierer. Bismarck wußte, mit wem er zu tun hatte, und es ist heute noch schwer zu sagen, wie er seinen Willen anders hätte durchsetzen und sein Ziel anders hätte erreichen können, als tatsächlich geschehen ist. Das Jahr 1864 und die folgenden Jahre waren immerhin Bismarcks beste Zeiten. Nicht als ob er damals die überschwenglichen Ehrenqualitäten verdient hätte, die seine Bewunderer auf sein Haupt häufen; nicht als ob sich ein modern empfindender Mensch nicht vielfach abgehehelt hätte durch Bismarcks damalige Mittel und Wege, durch seine zweideutigen Mogeleyen mit seinem Vorbild Bonaparte in Paris oder durch die Henkersdienste, die er dem Jaren bei der Unterdrückung der polnischen Revolution leistete! Aber nimmt man die historische Sachlage einmal als gegeben an: Bismarck als Diplomat der alten Schule, der einen anglistischen, aber doch sehr selbstbewußten Träger der Krone vorwärts zu treiben und eine nicht minder anglistische, aber sich in fürchterlichen Drohungen ergehende Bourgeoisie an die Kandare zu nehmen hatte, so versteht man wohl, wie Bismarck den Vergleich zwischen dem Manne und den alten Weibern ziehen konnte.

Daß Bismarck kein wirklicher Staatsmann war, zeigte sich, als er im Jahre 1870 auf die Höhe seiner Erfolgs gelangt war. Er war gedankenlos genug, sich einzubilden, daß er mit demselben Mittel, womit er einmal unter besonderen Umständen einen großen Erfolg gehabt hatte, immer neue Erfolge erringen könne. Er hielt an der Brutalisierungsmethode fest, die sich ihm an der preussischen Krone und der deutschen Bourgeoisie so trefflich bewährt hatte, aber sie bekam ihm schon sehr schlecht, als er mit der katholischen Kirche anband, und noch viel schlechter, als er sich erdreistete, die deutsche Arbeiterklasse zu knebeln. Mit der katholischen Kirche als einer innerlich reaktionären Macht fand er sich schließlich noch zu recht, obgleich ihm im Schloßhof von Kanossa manch bittere Demütigung beschied war, aber im deutschen Proletariat stieß er auf den Felsen, an dem sein Schifflein scheiterte. Was half es ihm, daß er seine brutalen Mittel immer mehr brutalisierte? Sie trafen um so weniger, je gehässiger sie wurden. So fiel Bismarck endlich über die answellende Kraft der Sozialdemokratie, und dem Ohnmächtigen blieb nur übrig, sich bis an seinen Sterbetag an der Phantasie eines großen Blutbades zu berauschen, in dem die deutsche Arbeiterbewegung erstickt werden sollte.

Von denen aber, die er ehemals brutalisiert hatte, hat sich die preussische Krone, seitdem Wilhelm I. sie nicht mehr trug, von ihm zu emanzipieren verstanden, wie in der Wirklichkeit, so auch im Bilde; den Gaul des alten Kaisers lenkt auf dem Denkmal vor dem Berliner Schlosse nicht Bismarck, sondern ein — in diesem Falle wirklich ahnungsloser — Engel. Dagegen: während an der Stirn des Reichstagshauses eine Lücke klafft, wo geschrieben stehen sollte, daß dies Haus dem Volke gehöre, hat sich ihm Bismarck vor die Pforte gepflanzt, breit und prösig auf seinen Palast gestützt.

Und so möchten die bürgerlichen Patrioten, die von einer Halbjahrhundertfeier der neuzeitlichen Reichsherrschaft nichts wissen wollen, am Ende doch wohl nur, fromm wie sie sind, die Richtigkeit des Bibelwortes erhärten: Wo die Menschen schweigen, da reden die Steine.

Die Militärdebatte.

Die Beratung des Heeresetats wird aller Voraussicht nach noch die ganze Woche in Anspruch nehmen. Vielen im Hause kam diese Ausdehnung in einem Zeitpunkt, wo alles zum Schluß drängt, recht unerwartet; man hatte geglaubt, die Generaldebatte in aller Eile erledigen zu können. Daß diese Erwartung plötzlich ein größeres Interesse gefunden hat, so daß die Ungerade des Reichstages nach Ferien von selbst gezähmt wurde, daran hat der Kriegsminister ein Hauptverdienst. Durch die unbeholfene Fische seiner Angriffe hat er die Debatte belebt und seinen Gegnern die Freude am Kampf erhöht.

Zu Beginn der Sitzung wurde die Besoldungsordnung in zweiter Lesung nach den Beschlüssen der Kommission einstimmig angenommen. Der Schatzsekretär gab zwar wiederum die Erklärung ab, daß das Gesetz in dieser Form für die Regierung nicht annehmbar sei, der Reichstag aber blieb bis zur Stunde fest, und nur Dr. Vertel und Schulz-Bromberg ließen die Bereitwilligkeit der äußersten Rechten erkennen, noch in letzter Stunde umzufallen. Genosse Ebert entwickelte mit guten Beweisgründen die Stellung unserer Partei. Herr Bassermann, Herr Kopsch und Herr Nacken sprachen in demselben Sinne für die Nationalliberalen, die Fortschrittler und das Zentrum. Das Interesse der Reichsbahnbahner an dem Zustandekommen der Kommissionsvorläge wurde vom Genossen Dr. Weill und von dem elsässischen Zentrumsmann Dr. Haegg dargestellt.

Der Mittwoch hatte für den Kriegsminister trotz seiner großen rhetorischen Anstrengungen einen unangenehmen Ausgang gehabt, da Genosse Liebknecht feststellen konnte, daß seine Rede auf dem Internationalen Jugendkongreß völlig entstellte worden war. Herr v. Falkenhayn mußte gestorn zugeben, daß allerdings in dem Protokoll die Worte nicht zu finden sind, mit deren Anführung er es so leicht gehabt hatte, Entrüstung unter den bürgerlichen Parteien zu wecken. Aber auch im übrigen war immer nur von Militarismus die Rede oder vom heutigen Militarismus, wo der Kriegsminister im Vertrauen auf den Bericht seiner Geheimräte einfach im „Heer“ gesagt hat. Genosse Stücken, der alsbald zu Worte kam, rechnete dem allzu angriffs-lustigen Militär noch einmal in aller Deutlichkeit vor, wie unzuverlässig derartige Zitiermethoden sind. Stücken hatte in seinen ganzen Ausführungen einen überaus glücklichen Tag. Mit großer Sachkunde und mit einer starken rednerischen Überlegenheit führte er den Prozeß des heutigen Militarismus vor. Er zeigte die Mängel in der heutigen Organisation und die Mißbräuche, zu deren Abhilfe sich die Heeresverwaltung so wenig entschließen kann wie die bürgerliche Parlamentarität.

Besonders wirkungsvoll polemisierte unser Redner gegen die politisierenden Generale und gegen die internationale Gefahr, die sie darstellen. Dem Eindruck seiner Rede konnten sich auch die Gegner nicht entziehen.

Vom Zentrum sprach Herr Astor, der in seinem ganzen Ton und in der Eigenart seines Pathos erkennen ließ, daß er ein glänzender Vorführer seines Kreiskriegerverbandes sein muß. Bis in die Reihen der Liberalen wurde diese Sorte Rhetorik belächelt, während unsere Genossen durch wiederholte Hurra-Rufe die Bedeutung der schönen Rede kräftig unterstrichen. Der nationalliberale Redner, der Herrn Astor folgte, war übrigens ungefähr von demselben Kaliber.

Dem Kriegsminister wurde im Verlauf des Tages öfter unbehaglich. Seine Antwort an Genossen Stücken erregte nur Heiterkeit, und am Abend war Genosse Liebknecht erbarmungslos genug, noch einmal mit aller Deutlichkeit den ministeriellen Reinsfall mit allzu leichtfertigem Zitat zu betonen.

Die Enteignung der Duala.

Dem Reichstag ist die von der Regierung zugesagte Denkschrift nunmehr zugegangen — ein dickes Buch von 253 Seiten. Den Briefwechsel, dessen Abdruck die Kommission gewünscht hat, hat die Regierung nicht beigelegt, noch weniger ist sie geneigt, dem Reichstag eine Anzahl der wichtigsten Schriftstücke in Urchrift vorzulegen. Sie beschränkt sich darauf, alle Angaben der Eingeborenen als unwahr zu bezeichnen. Der Kern der Sache ist folgender: Die Eingeborenen wohnen in Duala am Ufer des Kamerunflusses, sie treiben dort Handel und Fischfang. An diesem Ufer liegen auch die Ansiedlungen der Weißen, die sich nun dadurch belästigt fühlen, weil auch die Eingeborenen dort ihre Wohnstätten haben. Der Plan des Gouvernements geht bereits seit Jahren dahin, die Eingeborenen vom Flußufer zu vertreiben und sie auf einem etwa eine halbe Stunde entfernten von den Wohnstätten der Weißen durch einen breiten Landgürtel getrennten Gebiete neu anzusiedeln. Die Eingeborenen wenden dagegen zunächst ein, daß sie ihrer Erwerbsquelle völlig beraubt werden, sobald man sie vom Fluß, wo sie ihre Bote liegen haben, vertreibt. Das Gouvernement schließt nun in der Hauptsache hygienische Gründe für seine Maßnahmen vor; die Eingeborenen dagegen behaupten, daß ihnen der Grund und Boden zu billigen Preisen abgenommen werden solle, damit die Regierung Grundstückspekulation zu treiben in der Lage sei. Durch einen Vertrag vom Jahre 1884 ist den Eingeborenen der Schutz des Deutschen Reiches zugesichert worden, weiter wurde ihnen zugestanden, daß sie auf dem Grund und Boden bleiben dürfen, auf dem schon ihre Großeltern gewohnt haben.

Die Regierung hat dem Reichstage bereits im Jahre 1906 eine Vorlage unterbreitet, wonach das Privateigentum auf einem Teile jenes Gebietes enteignet werden sollte. Der Reichstag hat damals zugestimmt, ohne natürlich eine Ahnung davon zu haben, welche Konsequenzen die Kolonialverwaltung aus dem Beschluß zu ziehen beabsichtigte. Im Jahre 1911 wurden weitere 650 000 Mk. gefordert zum Erwerb von Eingeborenen-Land in Duala und anderweitigen Ansiedlungen eines Teiles der dortigen Eingeborenen. Diesmal deutete man zwar an, daß eine Verlegung der Eingeborenen geplant sei; die ganze Begründung war aber doch derart unklar, daß auch hieraus die eigentlichen Absichten der Kolonialverwaltung nicht zu erkennen waren.

Die Denkschrift enthält nun eine ganze Menge Aftenstücke, die aus der Sache entstanden sind. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß die Europäer-Siedlungen jetzt regellos zwischen denen der Eingeborenen liegen, daß die gesundheitlichen Verhältnisse dadurch äußerst mangelhaft sind, weil insbesondere durch die Unsauberkeit der Eingeborenen die Malaria-Gefahr ganz erheblich gesteigert sei. Außerdem dringe aus den Hütten der Eingeborenen Trommelärm, Geschrei, Gestank und Rauch heraus. Den Eingeborenen wird dann zum Vorwurf gemacht, daß sie zwar nicht von der Regierung, aber von Privatleuten hohe Preise für Grundstücke verlangen und es wird hervorgehoben, daß einzelne Eingeborene sich bereits als Grundstückspekulanten betätigen. Der Regierungsarzt Dr. Ziemann hat dann ein Gutachten ausgestellt, das ganz im Sinne der Wünsche der Kolonialverwaltung gehalten ist. In dem Gutachten wird behauptet, daß Duala eine gesunde Tropenstadt werden könne, in der man ohne Chinin leben könne, nur müßten die Farbigen versehrt werden. Gegen diesen Plan haben dann die Häuptlinge Einspruch erhoben. Bereits am 8. März 1912 wandten sie sich mit einem Telegramm an den Reichstag. In der Depesche wiesen sie darauf hin, daß die Existenz des ganzen Volkes in Frage gestellt sei, wenn es vom Flußlauf entfernt werden sollte. Wegen dieses Telegrammes an den Reichstag und wegen

einer Eingabe an den Gouverneur wurden dann die Eingeborenen am 20. November 1912 von dem Bezirksamtmann Röhm zur Rede gestellt. Er hielt ihnen vor, daß sie künftig beschwerden nur bei ihm vorzubringen hätten. Er stellte dann den Eingeborenen eine Reihe Vorteile in Aussicht, falls sie freiwillig ihre bisherigen Grundstücke verlassen wollten. Die Eingeborenen verhielten sich damals und auch später immer wieder ablehnend. In einer langen Eingabe an den Gouverneur Dr. Ebermaier führten sie alle die Gründe für diese Ablehnung an und hoben hervor, daß sie aus einem Teile des Gebietes des Tokplatt bereits vertrieben worden seien. Im November 1913 kam dann der Gouverneur selbst nach Duala, ließ dort die Häuptlinge rufen und machte ihnen klar, daß an der Enteignung nichts mehr zu ändern sei. Der Vorsitzende der Häuptlinge, Rudolf Bell, der in Deutschland das Gymnasium besucht hat, deshalb der deutschen Sprache völlig mächtig ist, erklärte dem Gouverneur, die einzige Bitte der Eingeborenen sei, daß sie auf dem Boden leben und sterben dürfen, auf dem ihre Großväter und Väter gelebt haben und auf dem sie selbst groß geworden seien. Der Gouverneur hielt den Häuptlingen dann vor, daß sie nichts für die Reinlichkeit getan hätten, daß im Laufe der Jahre nichts besser geworden sei in Duala, daß alle ihre Einwände vergeblich seien, im Reichstag sei alles vorgebracht worden, und der Reichstag habe wohl gewußt, was er tat. Der Gouverneur schloß:

„Der Kaiser, der Reichstag, das Kolonialamt haben schon entschieden, ich bin der Gouverneur und habe zu gehorchen. Ihr werdet keinen anderen Bescheid bekommen, das weiß ich. Ich kann eine andere Entscheidung nicht geben, alles ist wohl überlegt. Glaubt mir, daß ich Euer Bestes will. Eure Kinder und Kindeskinder werden mir danken, daß ich Eure Bitte abschlage.“

Dazu ist festzustellen, daß der Reichstag damals über die Einzelheiten der Vorgänge in Duala noch nicht informiert war. — Die Dualas fügten sich nicht. Sie machten weitere Eingaben und erhielten dann vom Bezirksamtmann den kurzen Bescheid, daß sie einfach anzugehen hätten, welche Plätze sie in der neuen Ansiedlung wählen wollten. Die Häuptlinge antworteten darauf, daß sie keine Plätze wählen würden, der Vertrag von 1884 könne nicht einseitig gelöst werden, vielmehr müßten die Häuptlinge damit einverstanden sein. Auf diese Beschwerde hin verkündete der Bezirksamtmann den Bescheid, daß dem Landesfiskus von Kamerun das Enteignungsrecht verliehen wird. Von der Enteignung würden nur ausgenommen einige größere den Eingeborenen gehörende Gebäude, die sich nach ärztlichen Gutachten zu dauerndem Wohnen von Nichteingeborenen eignen. Dem Landesfiskus wurde aber gleichzeitig das Recht übertragen, zu bestimmen, daß diese Grundstücke von Eingeborenen nicht benutzt werden dürfen. Die Eingeborenen sollten also reiflos aus ihren bisherigen Wohnstätten vertrieben werden, auch dann, wenn ihr Wohngebäude zu keinerlei Nutzungen Anlaß gibt. Die Kolonialverwaltung ließ sich dann nochmals von zwei Ärzten Gutachten geben, in denen wieder bestätigt wurde, daß der Verkehr der Eingeborenen mit den Weißen durchaus gesundheitsschädlich sei. Darauf erwiderten dann die Häuptlinge, wenn das richtig wäre, dann müßte man auch die schwarzen Köche, Diener, Soldaten, Waisknechte, Handwerker, Arbeiter und Kanakisten nicht in die weißen Ansiedlungen hineinlassen; und insbesondere müßte man dies den im Verkehr mit Europäern stehenden schwarzen Weibern verbieten. Die Eingeborenen haben dann an den Reichstag telegraphiert. Dieses Telegramm ist fünf Tage zurückgehalten worden, und in aller Eile hat dann der Bezirksamtmann die Enteignung angeordnet. Die Eingeborenen haben sich nun an den Rechtsanwalt Dr. Halpert-Berlin gewandt und ihm die Vertretung ihrer Interessen übertragen.

Mittlerweile war Staatssekretär Solf selbst in Kamerun eingetroffen, hat die Häuptlinge empfangen und ihnen ebenfalls erklärt, daß von der Enteignung nicht abgesehen werden könne. Die Eingeborenen schienen die Äußerungen des Staatssekretärs nicht richtig verstanden zu haben, wenigstens haben sie den Schluß daraus gezogen, daß sie bei ihm auf eine gerechtere Würdigung ihrer Beschwerden rechnen können. Diesen Glauben hat der Bezirksamtmann Röhm im September 1913, als die Häuptlinge vor ihm erschienen, gründlich zerstört. Er erklärte ihnen, daß der Staatssekretär ausdrücklich betont habe, die Enteignung könne nicht rückgängig gemacht werden. In der Verhandlung erklärten dann die Häuptlinge, daß sie ihre Beschwerde nunmehr in Deutschland selbst vorbringen wollten, was ihnen die höhnische Gegenfrage des Bezirksamtmanns eintrug:

„Bei wem wollen die Häuptlinge ihre Sache vorbringen?“

Schließlich erklärte ihnen der Bezirksamtmann in kurzen Worten: Wer sich den Anordnungen der Regierung nicht füge, der lehne sich gegen die Regierung auf und werde von der Regierungsgewalt beiseite geschoben. Oberhäuptling Rudolf Bell hat dann beim Gouverneur um die Erlaubnis, nach Deutschland reisen zu dürfen und erklärte sich bereit, die vorgeschriebene Kaution von 500 Mark zu hinterlegen und die Auswanderungsgebühr in Höhe von 20 Mark zu bezahlen. Die Plätze auf dem Dampfer waren für Bell und seine Begleiter bereits besetzt, der Gouverneur verweigerte jedoch den Häuptlingen die Erlaubnis zur Reise nach Deutschland. Die Häuptlinge waren sonach gehindert, ihr Anliegen in Deutschland selbst vorzutragen.

Rechtsanwalt Dr. Halpert-Berlin hat dann die bereits bekannte Eingabe an den Reichstag verfaßt. Und der Bezirksamtmann in Duala hat unterdessen den Oberhäuptling Rudolf Bell seines Amtes enthoben. Diese seltsame Amtsenthebung wurde damit begründet, daß Rudolf Bell eigentlich Beamter sei. Unter päpstlicher Herrschaft hätte bereits in der Budgetkommission der Abgeordnete Erzberger verlangt, daß man auch das Protokoll vorlegen müsse, aus dem sich ergebe, daß Rudolf Bell als deutscher Beamter verpflichtet worden wäre. In dem umfangreichen Material ist allerdings ein solches Protokoll nicht zu finden. Unterdessen scheint die Kolonialverwaltung mit der Enteignung tatsächlich bereits begonnen zu haben, wenigstens werden in dem Material die Vorbrude für die Enteignungsbeurteilung bekanntgegeben.

Der Deutschschrift sind eine Anzahl Karten beigegeben und eine Reihe Bilder, aus denen man ersieht kann, daß ein Teil der Eingeborenen dort überaus stattliche Häuser besitzt, namentlich das Haus des Rudolf Bell präsentiert sich geradezu als ein Palast. Diese Häuser sollen bekanntlich auch nicht weggerissen werden, nur soll den Besitzern verboten werden, fernerhin dort zu wohnen. Man will sie zwingen, diese steinernen Häuser zu vermieten, und es läßt sich denken, welche eine Bagatelle ihnen dann schließlich als Miete geboten werden dürfte. In den nächsten Tagen werden die Verhandlungen über diese ungeheuerliche Sache in der Budgetkommission des Reichstages ihren Anfang nehmen, und man darf sich auf heftige Zusammenstöße mit der Kolonialverwaltung gefaßt machen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das preussische Abgeordnetenhaus

hat am Donnerstag den von uns bereits mitgeteilten Antrag über den Volksschullastenausgleich angenommen. Der Antrag fordert die Regierung auf, diese Frage gesetzlich zu regeln. In der Debatte sprach zunächst Abg. Dr. Cassel, der höhere Staatsbeiträge forderte und für die Aufrechterhaltung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden eintrat. Noch ihm ergriff Genosse Hirsch das Wort, der an einige Bemerkungen von Cassel, die sich gegen die sozialdemokratischen Forderungen richteten, anknüpfte und dem fortschrittlichen Redner Vorhaltungen darüber machte, daß er dem Minister ein Lob gespendet habe, weil er sich an die bestehenden Geetze halte. Das zeige, woran man sich allmählich in Preußen gewöhnt habe. Im übrigen vertrat Genosse Hirsch die Forderung des sozialdemokratischen Programms auf Übernahme der Volksschullasten auf den Staat, wobei er ausdrücklich betonte, daß der kommunale Charakter der Volksschule gewahrt und die Verwaltung der Schule den Gemeinden überlassen bleiben müsse.

Den Rest der Sitzung füllte die Beratung von Anträgen der Nationalliberalen und Fortschrittler auf Zulassung der Volksschullehrer zu den akademischen Studien aus. Die Anträge wurden der Unterrichtskommission überwiesen.

Wahlprüfungen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß, dem Renu vorzuschlagen, die Wahl des Fortschrittlers Dr. Bachmide und des Reichsparteilers Witt für gültig zu erklären. Wegen des Protestes gegen die Wahl des konservativen Abgeordneten Grafen von Schwerin-Löwisch beantragte die Kommission Beweis zu erheben.

Das saararabische Wahlsystem.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beendete am Donnerstag die Prüfung der Wahl Bassermann. Dabei kamen unglaubliche Wahlbeeinflussungen zur Sprache, die nach den Behauptungen des Zentrumsprotestes von den Beamten der staatlichen Gruben im Wahlkreis Saarbrücken zugunsten Bassermanns betrieben wurden. Vom Generaldirektor angefangen bis herab zum Steiger bearbeiteten die Beamten die Wähler mit allen Mitteln, um eine nationalliberale Mehrheit zu erzielen. Den Arbeitern, die außerhalb des Wahlkreises wohnten, aber am Arbeitsort ihre Eintragung in die Wählerliste verlangten, wurde angekündigt, sie müßten dann auch am Arbeitsort Kommunalsteuern entrichten. Den Arbeitern der staatlichen Gruben und Hütten wurde gedroht, sie dürften keine Überstunden mehr machen, wenn Bassermann nicht gewählt würde. Auch drohte man ihnen mit Einschränkung des Betriebes oder Verlegung der Hütten. Die Arbeiter wurden gruppenweise zur Wahl geführt, vorn ein Vorarbeiter, hinten ein Aufseher. Bemerkenswert ist ferner, daß für Bassermann zwei Sorten Stimmzettel verteilt wurden, hektographierte und gedruckte, und zwar zum Zweck der Kontrolle der Wähler. Diese unerhörten Beeinflussungen werden bei jeder Wahl betrieben, man nennt sie das saararabische Wahlsystem, zum Unterschied von dem Wahlterrorismus in Ostelbien. Während aber in Ostelbien dieser Terrorismus von den Konservativen ausgeht und sich zuweilen auch gegen die Nationalliberalen richtet, wird er im Saarrevier von den Nationalliberalen verübt. Die Wahlprüfungskommission beschloß gegen die Stimmen der nationalliberalen Mitglieder, über die Protestbehauptungen Beweis zu erheben zu lassen und die Entscheidung über die Wahl auszusprechen, bis das Ergebnis der Beweisaufnahme vorliegt. Ist auch nur ein Teil der Protestbehauptungen richtig, dann dürfte die Wahl des nationalliberalen Führers für ungültig erklärt werden.

Das Pressereferat im Kriegsministerium.

Die Budgetkommission des Reichstages hat bekanntlich die im Militärstatut enthaltene Forderung von zwei Offizieren im Hauptamt und fünf Hilfskräften (Expedienten und Registratoren) für ein Pressereferat im Kriegsministerium abgelehnt. Das Zentrum sucht nun, die Differenzen, die zwischen dem Reichstag und der Regierung über die Ablehnung entstanden sind, zu beheben. Es will einen Vermittlungsantrag stellen, wonach vorläufig für diese neue Abteilung nur ein Offizier im Hauptamt und zwei Hilfskräfte bewilligt werden.

Die Regierung winkt indessen ab. Ihr genügt dieses Angebot nicht. Im Berliner Lokalanzeiger, dem Regierungsorgan zweiter Güte, wird erklärt, daß ein so geringes Personal nicht entfernt zur Erfüllung der dem Pressereferat obliegenden Aufgaben ausreichen würde. Man brauchte ja nur zum Vergleich dieselbe Einrichtung des Reichsmarineamtes heranzuziehen.

Das Futtermittelgesetz.

Nachdem sich der Reichskanzler grundsätzlich mit der Schaffung eines Gesetzes über Regelung des Handels mit Düngemitteln, Futtermitteln und Sämereien einverstanden erklärt hat, befaßt sich die Regierung mit der Durchführung der Aufgabe, eine Liste derjenigen Futtermittel, Düngemittel und Sämereien aufzustellen, deren

Vertrieb durch ein solches Gesetz geschützt werden soll. Das Zustandekommen des Gesetzesentwurfes wird in erster Linie davon abhängen, ob es gelingt, eine Einigung zwischen Landwirtschaft und Handel über die zu treffenden Maßnahmen zu erzielen.

Die Novelle zum Kaltegesetz

wird dem Reichstage mit Rücksicht auf seine Geschäftslage erst im Herbst zugehen.

Zum Konflikt an der Berliner Handelshochschule.

Das Ältesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft hat abermals beschlossen, nur nach Wiederbeginn der Vorlesungen an der Schule in Unterhandlungen mit dem Lehrkörper einzutreten.

Dem gemäßigten Professor Sastrow ist eine Sympathie-Rundgebung von seinen jetzigen Hörern an der Berliner Universität zugegangen. Die Studierenden an der Handelshochschule in Leipzig drückten den Hörern an der Berliner Handelshochschule ihre lebhafteste Sympathie aus.

Zur Enteignung der Duala-Neger

teilt der Berliner Vertreter der Duala-Neger der Presse mit, daß er von den Negern nicht 8000 Mark erhalten hat — die sind einem Vertreter bewilligt worden, den er nach Kamerun sandte —, sondern daß er, seit er die Duala-Neger vertritt (seit einem Jahre etwa), abgesehen von 100 Mark für Depeschen nie wieder einen Pfennig für sich gefordert, noch vereinbart, noch erhalten hat.

Die nationalliberale Partei auf der Buchgewerbe-Ausstellung.

Auf der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig ist auch die nationalliberale Partei mit ihrer Presse vertreten. Nach einer Mitteilung des offiziellen Organs dieser Partei beträgt die Zahl der Zeitungen, die mit ihrem ausdrücklichen Einverständnis zur nationalliberalen Partei gerechnet werden können, 367. Diese Zeitungen haben 2 1/2 Millionen Abonnenten. Nach den statistischen Angaben zählt die Partei 300 000 organisierte Mitglieder und 1 662 670 Wähler. Die Partei hat 45 Vertreter im Reichstage und 250 in den Einzelkandidaten.

Kein Kampf gegen den Tabakruß.

Kürzlich wurde gemeldet, das preussische Handelsministerium beabsichtige, eine Konferenz einzuberufen, auf der angesichts der immer größer werdenden Mischphäre des Tabakrußes über geeignete Maßnahmen zur energischen Bekämpfung der besonders den Kleinhändler bedrohenden Verunreinigungsversuche des Großkapitals beraten werden soll. Das preussische Handelsministerium hat die Auskunft gegeben, daß diese Nachricht in allen Teilen glatt erjunden ist.

Untaugliches Mittel.

Bei der Verwendung der für den Bundesrat bestimmten Vorlagen soll fortan, wie die „Berliner Volkszeitung“ erzählt, mit größerer Vorsicht als bisher zu Werke gegangen werden. Ganz geheim zu behandelnde Sachen werden nur in einer kleinen Zahl von Abdrucken verschickt. Jeder Abdruck ist mit einer Nummer versehen, und es wird verzeichnet, wer diese und wer jene Nummer erhalten hat. Erforderlichenfalls werden dann die Abdrücke zurückgefordert, um festzustellen, ob etwa einer in unberufene Hände gelangt ist. Bei der Kaltegesetznovelle hat sich bis jetzt allem Anschein nach eine solche Feststellung nicht treffen lassen.

Das ist auch ganz erklärlich, denn man kann solche Vorlagen auch abschreiben und dann die Abschrift weiter geben. Den Mitgliedern der Budgetkommission gegenüber wird übrigens längst in der Weise verfahren, daß geheime Schriftstücke mit Nummern versehen und nur gegen Unterschrift ausgehändigt werden. Nach kurzer Zeit werden sie dann wieder eingefordert. Der Inhalt ist freilich so nichtsagend, daß die Abgeordneten derartige Schriftstücke schleunigst wieder zurückgeben.

Etwas Unerhörtes ist wieder geschehen.

Die Stadtgemeinde München hat zu ihrer Vertretung bei der Englandfahrt deutscher Stadtgemeinden den — sozialdemokratischen Gemeinderat Witt, den Führer der Münchener Sozialdemokraten, ausgesendet und für diese Reise Herrn Witt 900 Mark aus Stadtmitteln zur Verfügung gestellt.

So meldet die bürgerliche Presse, und die freikonservative „Post“ bekundet ihren Schmerz hierüber wie folgt: „Soweit haben wir es also schon im zweitgrößten Bundesstaate gebracht, daß eine königliche Haupt- und Residenzstadt einen Sozialdemokraten als ihren offiziellen Vertreter ins Ausland entsendet! Freilich kann man sich darüber kaum wundern, da es sich hier ja um die Stadtgemeinde München handelt, die erst neulich zu Ehren und zur Begrüßung des sozialdemokratischen Sängerfestes städtische Steuermittel bewilligt hat. Sie scheint das Bedürfnis zu fühlen, diesen traurigen Ruhm noch zu überbieten.“

Rußland.

Ein Sympathiestreik. Mittwochabend brach als Ausdruck der Sympathie für die aus der Reichsduma ausgeschlossenen Abgeordneten ein Streik aus. Vormittags umfaßte der Streik 78 Betriebe mit etwa 50 000 Arbeitern. Die Versuche, in den Arbeitervierteln Rundgebungen zu veranstalten, wurden von der Polizei unterdrückt.

Balkan.

Waffenstillstand in Spirus. Durch Vermittelung der Internationalen Kontrollkommission, die aus Anlaß der in Albanien ausgebrochenen Kämpfe zusammengetreten ist, ist zwischen den albanischen Streitkräften und den Aufständischen in Spirus Waffenstillstand vereinbart worden.

Nach Telegrammen, die der albanischen Regierung zugegangen sind, dringen griechische Banden mit Geschützen und Maschinengewehren unaufhaltsam über Elassa und Kicok vor und befinden sich nunmehr fünf Stunden von Berat entfernt. Von Süden dringt ebenfalls eine Kolonne gegen Berat vor. Die albanische

Gendarmerie ist nach Süden abgedrängt worden. Die Bevölkerung flieht, von einer Panik ergriffen. Falls Berat befehligt wird, stehen die Wege nach Valona und Durazzo offen. Die starken Banden bestehen zum größten Teil aus organisierten Bestandteilen der griechischen Armee und werden von griechischen Offizieren befehligt.

Amerika.

Die amerikanisch-mexikanischen Wirren. Der Korrespondent der Associated Press meldet dröhnend von Bord des amerikanischen Kriegsschiffes „California“ aus Mazatlan: Durch die Explosion einer Bombe, die ein Aeroplan der Rebellen auf die Straßen der Stadt warf, wurden vier Personen getötet und acht verletzt. Das Feuer zwischen den Befestigungen der Rebellen und den Bundesruppen dauert an. Die Belagerer sind anscheinend im Vorteil.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 8. Mai.

Die Fehmarnbahn in der Budgetkommission des Preussischen Abgeordnetenhauses. In einer Sitzung der Budgetkommission vom 6. Mai d. J. ist — trotz des Widerspruches westdeutscher Abgeordneter — wie schon gemeldet, ein der Fehmarnbahn unzulässiger Antrag der Abgeordneten Graf v. d. Groeben, Wallenborn und Brütt zur Annahme gelangt. Mithin ist eine „zurzeit“ unerwünschte Belastung der preussischen Finanzen und auf die so oft behauptete Benachteiligung preussischer Interessenten sollen nach Aussage jenes motivierten Antrages hinsichtlich der Fehmarnlinie dafür sprechen, daß „bei Anerkennung ihrer sonstigen Vorzüge“ ... „die Herstellung dieses neuen Verkehrsweges sich zurzeit nicht rechtfertigt.“ Ob der Antrag der Budgetkommission, unter diesen Umständen über die Petition des Fehmarnbahnkomitees zur Tagesordnung überzugehen und den Ausbau der Kiel-Korridor-Linie der Regierung als Material zu überweisen, im Mitem des Abgeordnetenhauses angenommen werden wird, bleibt abzuwarten. Vom Standpunkt der Sanitätstabelle wie des ganzen deutschen Verkehrs würde man es nur lebhaft bedauern können, falls man sich — wenn auch nur „zurzeit“ — mit einer solchen halben Maßnahme begnügen wollte. Man mag es als einen indirekten Erfolg der Fehmarnbahn-Propaganda ansehen, daß man in Zukunft von Hamburg über Kiel-Korridor sowohl wie nach Auslieferung des mecklenburgischen Bauprogramms über Lübeck-Rostock-Warnemünde-Gedder 2 bis 2½ Stunden an Reisedauer sparen wird. Der Vorteil, eine Geschäftsreise Hamburg-Kopenhagen und zurück an einem Tage zu erledigen, kann aber auf diesen beiden Surrogatlinien mit mindestens 7 Stunden Fahrtdauer niemals erreicht werden. Auch die im Interesse des internationalen Verkehrs unerlässliche Trennung des westlichen Reiseweges (über Fehmarn) von den südlich gerichteten Reisewegen über Sagan oder über Warnemünde ist durch jene unzulässige Verkehrsmaßnahme niemals zu erzielen. Es ist dringend zu wünschen, daß das Preussische Abgeordnetenhaus sich dieser Erwägung zugänglich erweisen wird als seine Budgetkommission; umso mehr als die von Mecklenburg bestimmte geplante Verbesserung der Warnemünde-Gedder-Linie diesem so viel bequemeren Reisewege wegen seiner nur halb so langen Seefahrt die heutige Überlegenheit auch über die verbesserte Kiel-Korridor-Linie wieder zurückgeben muß, da, von wenigen Sommermonaten abgesehen, der große Reisendenstrom der Kiel-Korridor-Linie mit ihrer langen Seestrecke nach wie vor fernbleiben wird.

Krankentagen-Angestelltentag für Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck. Am Sonntag, 3. Mai, hatten sich über 100 Angestellte von Krankentagen als Delegierte der Angestellten von 30 Kassen des Bezirks in Neumünster eingefunden. Das Referat hatte ein Hamburger Kollege übernommen. Redner gab einen Rückblick über die Entwicklung des Dienstverhältnisses zwischen Vorständen und Angestellten. Der Dienstvertrag hatte vor Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung feste und geordnete Normen angenommen, so daß ein Eingreifen der Regierung nicht erforderlich gewesen wäre. Dennoch sind in der Reichsversicherungsordnung Vorschriften geschaffen, die für die Angestellten keine Verbesserung bringen, vielmehr eine Verschlechterung gegenüber dem selbst errungenen Recht in sich bergen. Die preussische Regierung hat nun noch eine Musterdienstordnung mit einem recht eigenartigen Prüfungsausschuß aufgestellt, ferner ein Disziplinargesetz für Rassenangestellte geschaffen. Die Absicht, den Angestellten die Beamteneigenschaft zu verleihen, läßt sich unschwer erkennen. Man könne den Gedanken nicht loswerden, daß dieses Vorgehen letzten Endes dazu dienen soll, nun auch für die Krankentagen den Militäranwärtern den Weg frei zu machen. Die Existenz der Rassenangestellten ist durchaus bedroht, denn nach dem Dienstordnungsentwurf ist es sehr leicht, einen Angestellten ausfallen zu lassen. Hiergegen muß von den Angestellten Protest erhoben werden. Die Angestellten wünschen die Beamteneigenschaft nicht, weil sie ihre Existenz gefährdet. Aus diesen Gründen muß auch die Anstellung mit Ruhegehaltsberechtigung abgelehnt werden, da diese dazu benutzt werden kann, den Angestellten den Beamtendarstellung aufzuzwingen. Durch die Angestelltenversicherung und durch selbstgeschaffene Zuschlagversicherung ist dem Bedürfnis nach Pensions- und Hinterbliebenenversicherung genügt. Sämtliche Disziplinarerben traten den Ausführungen bei. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß die Aufstellung der Dienstordnung — unter Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften — Aufgabe der Vorstände sei; diese sollten sich daher nicht ihr Recht nehmen lassen, die Dienstordnung in ihrem Sinne aufzustellen, sondern durch Aufnahme von Bestimmungen, die Gelegenheit geben, die Angestellten zu Beamten zu machen, der Selbstverwaltung selbst den größten Stoß verfehlen. Die Notwendigkeit des lückenlosen Zusammenhanges und das Zusammenhalten der Rassenangestellten wurde allseitig betont. Eine Resolution, die sich gegen das Vorgehen der preussischen Regierung wendet, sich auch gegen die Anstellung mit Ruhegehaltsberechtigung ausspricht, ferner die Vorstände ersucht, sich dem Protest anzuschließen, fand einstimmige Annahme.

b. Schöffengericht am 7. Mai. Folgen der Arbeitslosigkeit. Fünf polnische Arbeiter in Siems, die längere Zeit ohne Beschäftigung waren, hatten solche endlich in Aussicht, benötigten dazu aber Schaufeln. Diese hatte ein gewisser B. in einem Schuppen der Gersschen Fabrik ausfindig gemacht, worauf die vier sich das Handwerkszeug holten. Sie fanden bald hierauf wieder Fabrikarbeit und vergaßen, die Schaufeln, die andern Arbeitern gehörten, zurückzubringen. Für den Diebstahl erhält jeder 3 Tage Gefängnis, der Fehler 5 Tage. — Ein Wilderer. Der Kellner Z. in Rurau machte eine Rumpfpause in seiner Arbeit, die er in der Wirtschaft so lange ausdehnte, daß der Gutsbesitzer die Arbeit selbst tun mußte. Im angetrunkenen Zustand forderte Z. dann seine sofortige Entlassung, die ihm gewährt wurde. Vor seinem Abzug machte der wegen Widerstandes und Hausfriedensbruchs mehrfach Vorbestrafte auf dem Hofe den nötigen Radau, sprang dem Sohne des Gutsbesitzers an die

Reihe und wurde auch mit dem Schühmann handgreiflich, als dieser nachschaute, ob Z. die paar Brocken endlich zusammengepackt hatte. Der Schühmann mußte nach seiner Angabe blankziehen, um Z. vom Tische zu halten. Der Angeklagte, der erst voriges Jahr 7 Monate wegen Körperverletzung erhalten hatte, wird heute wieder zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Bestrafte Unvorsichtigkeit. Der Matrose W. auf dem Dampfer „Alexandra“ ließ einen Perlmuschel von der Reeling herabfallen, ohne sich vorher zu vergewissern, ob jemand in der Nähe war. Ein Arbeiter wurde von dem schweren Tuch so gefährlich getroffen, daß er 14 Tage krank war. W. wird wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Lübeck-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft hat im vorigen Jahre wieder ein glänzendes Geschäft gemacht. Obwohl die wirtschaftliche Konjunktur nicht günstig war, hat sich nach dem Geschäftsbericht für 1913 doch eine weitere Steigerung in den Beförderungsziffern und Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr ergeben. Die Zahl der beförderten Personen ist von 7.96 auf 8.54 Mill., also um 0.58 Mill. gleich 7.2 Prozent, der Güterverkehr um 82.355 t gleich 3.9 % auf 2.12 Millionen t gestiegen. Verfrachtet wurden u. a. 317.321 (397.631) t Kohlen, 213.650 (229.036) t Holz, 109.838 (104.380) Tonnen Düngemittel. (Die eingekammerten Zahlen sind die des Vorjahres.) Der Personenverkehr erbrachte 357.924 Mark mehr, der Güterverkehr 87.971 Mark mehr. Die Gesamteinnahmen zeigen eine Steigerung um 551.385 Mark. Von den Einnahmen entfallen auf 1 Klm. der mittleren Betriebslänge (15.42 Klm.) 76.090 Mark (73.512 Mark). Andererseits sind die Betriebsausgaben um 386.677 Mark gestiegen oder auf 1 Klm. der mittleren Betriebslänge auf 55.165 Mark (53.610 Mark). Der verfügbare Ueberschuß geht um 148.315 Mark über den vorjährigen hinaus. Die weitere von 8½ auf 9 % erhöhte Dividende erfordert 125.000 Mark mehr.

Ende 1913 war der Bestand an Betriebsmitteln 88 (83) Stück Lokomotiven, 51 (51) Tender, 278 (278) Personen-, 10 (56) Gepäck-, 1349 (1315) Güter- und 143 (119) Arbeitswagen. Bei 25 Millionen Mark Grundkapital und 17.07 (17.35) Millionen Mark Ueberschuß sind in der Bilanz die Bahnanlagen mit 57.70 (55.97) Millionen Mark aufgeführt, demgegenüber das Abschreibungskonto mit 5.46 (5.18) Mill. Mark. Der Effektenbestand wird mit 2.40 (2.84) Mill. Mark verzeichnet, Bankguthaben mit 2.20 (2.35) Mill. Mark. Bei Debitoren standen 1.11 (1.46) Mill. Mark aus, während die laufenden Verbindlichkeiten 2.66 (3.95) Mill. Mark betragen neben 0.48 Mill. Mark (wie i. V.) Verbindlichkeiten aus Zuschuß des Lübecker Staates zum Bau der Lübeck-Schlutupper Eisenbahn und 3.59 Mill. Mark (wie i. V.) Staatsbeitrag für den Bahnhof Lübeck. Der Erneuerungs- und Reservefonds enthält 3.04 (3.62) Mill. Mark, die Bilanzreserve 4.18 Mill. Mark (wie i. V.). — Die Verwaltung der Gesellschaft beantragt, das Aktienkapital um 6.000.000 Mark zu erhöhen. — Eine Verstaatlichung dieser Bahn, die im Interesse des Verkehrs dringend zu wünschen wäre, ist leider in absehbarer Zeit wohl nicht zu erwarten.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Schwartauer Allee bei Trems. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache fuhr dort ein mit mehreren Personen besetztes Auto so scharf gegen einen Baum, daß die Insassen herausgeschleudert wurden und Verletzungen an Händen, Füßen und am Kopfe erlitten. Der Kraftwagen wurde erheblich beschädigt und mußte durch Pferde nach Lübeck geschleppt werden. Nähere Einzelheiten konnten wir nicht in Erfahrung bringen.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat April beim hiesigen Steuerbureau ein: Einkommensteuer 17.817,37 Mark, Wertzuwachssteuer 298.— Mark, Grundsteuer 12.706,33 Mark, Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 7231,66 Mark, Verkaufssteuern 19.436,53 Mark, Stempelabgaben 6160,50 Mark, Schiffsabgaben 33.640,09 Mark, zusammen 97.280,48 Mark gegen 114.539,49 Mark im gleichen Monat des Vorjahres: mithin 1913 weniger 17.259,01 Mark.

Kriegsbeordnungen. Das Bezirkskommando macht bekannt: Gelegentlich der diesjährigen Frühjahrskontrollersammlungen ist es aufgefallen, daß eine große Anzahl von Mannschaften des Beurlaubtenstandes nicht im Besitze von Kriegsbeordnungen waren. Dies ist durch das in diesem Jahre neu eingeführte Verfahren, die Kriegsbeordnungen per Post zuzustellen, zu erklären. Mannschaften des Beurlaubtenstandes, welche keine Kriegsbeordnung haben, werden daher aufgefordert: die Kriegsbeordnung bis zum 30. Mai beim Bezirksfeldwebel in Lübeck schriftlich oder mündlich zu beantragen.

Nicht ausverkauft ist die „Carmen“-Aufführung, die am Sonntag nachmittag 2½ Uhr für den Arbeiterbildungsverein im Neuen Stadttheater stattfindet. Wir weisen deshalb nochmals darauf hin, daß Karten zu dieser schönen Vorstellung noch an den bekannten Stellen zu haben sind. Die Auslosung der Plätze findet morgen, Sonnabend abend, im Gewerkschaftshaus statt.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Medizinamt im Monat April in 61 Fällen gemeldet; davon betrafen 27 Fälle (3 tödlich verlaufen) Scharlach, 18 Diphtherie (3 tödlich), 7 Typhus (1 tödlich), 6 Masern, 3 Wochenbettstieber (1 tödlich).

Die Abschiedsvorstellung für Herrn Kapellmeister Pfeiffer am Mittwoch, die eine Aufführung von Beethovens „Fidelio“ im Stadttheater brachte, gestaltete sich zu einer großen Ovation für den Scheidenden. Eine Fülle von Blumen und Lorbeer sowie kostbare Geschenke und endloser Applaus zeigten Herrn Pfeiffer, welcher Wertschätzung er sich in Lübeck erfreut.

pb. Der Komplize. Gestern mittag wurde auch der Komplize des am 6. d. M. hier festgenommenen Einzeidiebes ermittelt und in Haft genommen. Bei ihm wurde ein großer Teil der gestohlenen Gegenstände, die bei dem zuerst festgenommenen nicht vorgefunden wurden, ermittelt. Neben dem Verbleib der gestohlenen goldenen Uhren, von denen der zuerst festgenommene behauptet, daß sein ihm persönlich bekannter Komplize sie sich angeeignet habe, will er nichts wissen. Zweifelslos hat er sie veräußert oder verkauft. Bei ihm wurden aber noch eine silberne Herren-Remonteuruhr mit Goldband, 1 goldener Herrenring mit rotem Stein und eine lange silberne Damenuhrkette, sowie 2 Taschentücher, gez. „P. M.“ und „E. B.“, gefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht auszuweisen vermag. Die Gegenstände liegen zur Ansicht im Bureau der Kriminalpolizei aus.

pb. Wer ist der Tote? Am 7. d. M., gegen 6½ Uhr abends, wurde unterhalb der Großen Petersgrube die Leiche eines unbekannten, anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen, etwa 40 Jahre alten Mannes aus der Trave gelandet. Der Verstorbene ist etwa 1,68 Meter groß, hat blondes Haar und blonden Schnurrbart und war bekleidet mit dunklem Jackett, brauner Weste, blaue gestreifter Kasse, brauner Mantelfesthose, grauem Hemd und Halstüchlein. Die Leiche dürfte ihrem Aussehen nach schon einige Wochen im Wasser gelegen haben. Personen, welche zur Feststellung der Person

lichkeit des Verstorbenen sachdienliche Angaben zu machen vermögen, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

d. Naturerkenntnis. „Ins Innere der Natur bringt kein erschaffener Geist!“ Diese Worte entsprechen gewiß den Tatsachen. Der nie rastende Menschengeist, dem es gelungen ist, die Naturkräfte seinen Zwecken dienstbar zu machen, ist nicht imstande, ins Innere der Natur zu dringen. Um zur Naturerkenntnis zu kommen, bedarf es dessen aber auch nicht. Die Natur bietet äußerlich so viel Anschauungsmaterial, daß alle, die sich eingehend mit ihr beschäftigen, von der Liebe zur Natur ergriffen werden. Wer in der jetzigen Zeit des Verdens und Blühens mit offenen Augen und empfänglichem Gemüt durch Feld und Wald geht, der empfindet unbedingt Freude an der Natur. Für den Naturfreund mischt sich aber in diese Freude ein Gefühl der Bitterkeit, wenn er sieht, wie ein Vogelei, das gestern noch kunstgerecht geformt und mit kleinen Eichen gefüllt in einem Strauch am Wege zu sehen war, heute seines Inhalts beraubt ist und zerrissen in den Zweigen hängt. Oder wenn ein ganzes Bündel Waldblumen, die an ihrem Standort das Auge erfreuten, ausgerissen, zertrümmert und zertreten am Wege liegen. Einem solchen Wandbalismus muß entgegengetreten werden. — Aus der Naturerkenntnis heraus erwacht die Liebe zur Natur. Diese Liebe in die Herzen der Kinder zu pflanzen, muß Aufgabe aller Eltern sein.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Die beiden geschätzten Komiker unserer Bühne, Willy Schweisguth und Edgar Paul, scheiden mit Schluß dieser Spielzeit aus dem Verbands des Stadttheaters. Wie schon mitgeteilt wurde, hat Edgar Paul die Vorstellung „Drohens in der Unterwelt“ am Sonntag zu seinem Abschiedsspiel gewählt. Heute können wir in bezug auf Willy Schweisguth mitteilen, daß sich dieser prächtige vielseitige Künstler die Sonnabendvorstellung „Im wunderbaren Monat Mai“ dazu ausersehen hat. Wie viele Stunden köstlicher Unterhaltung haben uns beide schon gegeben! Bedarf es bei diesen Künstlern darum noch mehr, als nur der kurzen Mitteilung von ihren Abschiedsspielen, um ein großes, dankbares Publikum für beide Abende ins Theater zu ziehen? Zumal die Rollen, die sie spielen, ihrer Eigenart so günstig liegen wie Nachrollen nur günstig liegen können.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet morgen — Sonnabend — von 6 bis 7½ Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Saborowski, „Gasthof zur Linde“, statt.

Hamburg. Zum österreichischen Auswandererstand. Die Hamburger Polizei verhaftete auf Veranlassung der österreichischen Behörde den Auswanderungsagenten Kuppermann, weil er an dem österreichischen Auswandererstand beteiligt ist und Militärpflichtige auf österreichischem Gebiete zur Auswanderung veranlaßt hat. Oesterreich hat die Auslieferung des Verhafteten erbeten. Bis das Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen feststeht, bleibt Kuppermann jedoch in Hamburg in Haft.

Kellingshufen. Ein Kind lebendig verbrannt. Die achtjährige Tochter des Eigentümers Fischer in Mühlenbed wollte auf dem dortigen Bahnhof einem Reisenden, der zum Coupéfenster hinaus sah, die herabfallende Zigarre aufnehmen. Der Zug setzte sich jedoch im gleichen Augenblick in Bewegung, und die Kleine steckte die Zigarre achlos in die Kleidertasche. Wenige Minuten später schlugen plötzlich aus der Kleidung des Kindes helle Flammen hervor. Die bedauernde Kleine starb nach wenigen Stunden an den erlittenen Verletzungen.

Kiel. Geldstrafen für falsches oder unreines Singen hatte der Direktor des Kieler Stadttheaters in seinen Anstellungsverträgen mit den Bühnengliedern vereinbart. Auch der Heldentenor R. sollte, weil er eine Partie angeblich falsch gesungen hatte, an den Direktor eine Strafe von 200 Mark zahlen, weigerte sich aber und übergab den Rechtsstreit zur Durchscheidung dem Rechtshöfgebäude der Deutschen Bühnengenossenschaft. Vor dem Landgericht Kiel berief sich der Bühnenleiter auf den Vertrag, der solche Strafen zuläßt. Das Landgericht hielt jedoch die Bestimmung für ungültig. Der Direktor sei nicht berechtigt, dem Tenoristen wegen des falschen Singens eine Strafe von 200 Mark aufzuerlegen.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch die Einkommensteuer in den Hafenstädten beraten. Im Mai 1909 wurde eine Deputation niedergesetzt, die folgende Vorschläge unterbreitet. Den Staatszuschuß für die Schulen in Bremerhaven auf 170.000 Mark und für Begegnung auf 80.000 Mark festzusetzen. Durch Gesetz soll die Ueberweisung der Firmen- und Gewerbesteuer im Betrage von 45.000 Mark an Bremerhaven und 6000 Mark an Begegnung erfolgen. Ferner soll die Hälfte der erhobenen Wirtschaftsabgabe mit 12.111,75 Mark an Bremerhaven und 1575,75 Mark an Begegnung überwiesen werden. Stadtdirektor Beck von Bremerhaven hat drei Entwürfe begründet, die verlangen, daß in der Stadt Bremen ein Einheitssteuersatz mehr als im Landgebiet und zwei Einheitssteuersätze mehr als in den Hafenstädten erhoben werden; ferner, daß die im Rechnungsjahr 1914 in den Hafenstädten mit sieben Einheiten erhobene Einkommensteuer in ihrem Ertrage von 1½ Einheiten der Stadtgemeinden der Hafenstädte am Ende des Rechnungsjahres erstattet wird. Ein dritter Antrag verlangt die Niederlegung einer Kommission, die eine grundsätzliche Prüfung der gesamten Steuerquellen der Hafenstädte vornehmen soll. Herr Beck gab eine ausführliche Darstellung der Finanznot Bremerhavens, verwies darauf, daß Hamburg seine Gemeinden Curhaven und Bergedorf bedeutend besser unterstütze und auch die preussischen Unterwerferorte bekämen größere Unterstützung resp. hätten weniger an den Staat abzuführen. Bremen erhalte von Bremerhaven 910.000 Mark aus den Staatssteuern, das seien zwei Drittel mehr als die preussischen Unterwerferorte abführen. Herr Senator Donath war empört über die Forderungen Bremerhavens, zumal er sich mit dem Amtsvorgänger des jetzigen Stadtdirektors auf die von der Deputation gemachten Vorschläge geeinigt habe. Genosse Rhein beantragte die Niederlegung einer erweiterten Deputation, um die schwierigen Finanzverhältnisse, in die unsere Hafenstädte durch die Einkellung in das preussische Gebiet gekommen sind, zu prüfen. Dem Wunsch des Herrn Senators, die Anträge der Hafenstädte abzulehnen, dürfte nicht entsprochen werden. Von bürgerlicher Seite wurde beantragt, die Gehälter der Lehrer in den Hafenstädten zu regeln. Der Antrag Rhein-Sormann auf Niederlegung einer Deputation von 14 Mitgliedern, wurde angenommen. — Die Vergütung für Festtage an Arbeiter des Katasteramtes hat die Behörde abgelehnt, weil es sich um nichtständigen Arbeiter handle. Genosse Donath rügte diesen Standpunkt und verlangte, daß in Zukunft — hierin Wandel geschaffen werde.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Begünstigt durch große Gelegenheitskäufe im Barmer Industriebezirk sind wir in der Lage, Kurzwaren und Schneiderei-Bedarfsartikel zu kolossal billigen Preisen

anbieten zu können.

3693

GROSSE GELEGENHEITS-POSTEN

Armblätter

hervorragende Qualitäten in Seiden-Batist,
Satin und Trikot,
imprägniert und mit Gummi-Einlage
Regulär bis 85.

Serie I 12. Serie II 15.

Druckknöpfe

garant. rostfrei und nicht fadenscheidend,
weiß und schwarz

Serie I . . . Dtz. 4. Serie II . . . Dtz. 6.

Damen-

Strumpfhalter

aus la. Hosenträger-Gummiband mit
vernickelten Straffklammern

Serie I Paar 25. Serie II Paar 38.
Regulär bis 75.

Seidene

Kleid.-Tressen

schwarz und weiß

ca. 3 cm breit 15. ca. 5 cm breit 30.
Meter Meter
Regulär bis Meter 1.25

EIN POSTEN

Strumpf-Gummibänder

darunter 5 cm breite seidene Qualitäten,
in allen Farben

Serie I Meter 10. Serie II Meter 18.
Regulär bis Meter 90.

Ein großer Posten

Leinenband

„Goldretord“
breit und mittelbreit
Stück ca. 4 1/2 Meter

6.

Regulär bis 34.

Ein Posten

Halb-Leinenband

4 Stück,
je 4 1/2 Meter

10.

Miederband

schwarz u. weiß
bis 8 cm breit
durchweg

12.

Regulär bis 38.

Ein Posten

Schürzenband

blau und blauweiß
gestreift
2 1/2 cm breit

7.

Stück . . .

Blitz-Nähnadeln

Brief == 25 Stück 5.

Stopfnadeln

alle Größen sortiert, 25 Stück 10.

Maschinennadeln

System Singer Dutzend 20.

Stecknadeln

5 Pakete 10.

Stecknadeln

200 Stück im Brief 5.

Lockennadeln

lackiert 6 Pakete 5.

Haarnadeln

lackiert 2 Pakete 1.

Stricknadeln

„Eureka“, fein poliert Spiel 7.

Hosennadeln

12 Dutzend 12.

Metall-Hosennadeln

schwarz u. vernickelt Dutzend 4.

Patent-Hosennadeln

Dutzend 6.

Hosenschonband

Meter 6.

Seid. Westenkordel

Regulär 25. Meter 10.

Spiral-Kragenstäbe

Seide unisp., 5, 6 u. 7 cm, Dutz. 8.

Woll. Rocktressen

bis 5 cm breit

Regulär bis m 55. m 15.

Nahtband, weiß u. schwarz

Regulär 18. Rolle 4 1/2 m 8.

Tailleurverschluß

schwarz und weiß Paar 9.

Sammet-Rockstoß

5 cm br., regulär 38. m 28.

Glanzgarne zum Stopfen von

Flor- u. Seidenstrümpfen Knaul 14.

Kragenstäbe

glashell Dutzend 3.

Ein großer Posten

Obergarn

schwarz und weiß
la. Qualität

Große
1000-Yards-Rolle

30.

Ein großer Posten

Schappe-

Knopfloch- und
Maschinen-

Seide

auf Holzrollen

38.

Ein großer Posten

kunstseidene

Blusen-Besätze

bis ca. 4 1/2 cm breit

Serie I Serie II

m 15. m 30.

Regulär bis Mtr. 75.

Ein großer Posten

Wäsche-Feston

und Bändchen

bis 4 cm breit

in Kupons bis 5 Mtr.

3.

Meter . . .

GROSSE GELEGENHEITS-POSTEN

Besatzknöpfe

in Glas, Perlmutter, Metall und Stoff

Serie I Serie II Serie III Serie IV

Dtz. 5. 10. 15. 20.

Regulär das Doppelte und darüber.

Perlmutter-Knöpfe

für Wäsche, Blusen und Kleider

10 mm 17 mm 22 mm 23 mm

Durchm. Durchm. Durchm. Durchm.

Dtz. 15. 35. 45. 58.

Regulär bis 1.20.

Farbige

Wasch-Borten

für Schürzen, Blusen und Kinderkleider,

bis 4 cm breit

Serie I Serie II Serie III Serie IV

Mtr. 6. Mtr. 10. Mtr. 15. Mtr. 20.

Regulär fast das Doppelte.

EIN GROSSER POSTEN

Wäsche-Bändchen

prima Qualität,

in 10-Meter-Stücken

Serie I Serie II Serie III Serie IV

18. 30. 35. 40.

Damen-

Schneider-Büsten

moderne Formen,

mit schwarzem Stoffbezug,

Größe 42 bis 50

Enorm billig, Stück 385.

la. Eisengarn-

Schnürsenkel

120 cm lang, Dutzend 20. u. 10.

EIN GROSSER POSTEN

Wäsche-Knöpfe

mit la. Shirting-Bezug 6 Dutzd.

Größe 16 18 20 22 24 26 28 30

Karte 19. 21. 23. 25. 27. 29. 31. 33.

Kimono-Futterblusen

m. anges. Aermeln, gleichz. Schnitt-

muster für den Oberstoff 125.

In der Lebensmittel-Abteilung

sind zum Verkauf gestellt:

Gemüse- u. Frucht-Konserven zu enorm billigen Ausnahmepreisen.

2-7-D. 1-7-D.	2-7-D. 1-7-D.	2-7-D. 1-7-D.	2-7-D. 1-7-D.
Weißkohl 29. —	Jg. Erbsen 36. 23.	Junge Brech- u. Schnitt- Bohnen 2-Pfund-Dose 27.	Karotten in Würfeln . . . 29. 19.
Rotkohl 32. 21.	Jg. Erbsen mittel . . . 54. 29.		Jg. Karotten klein . . . 54. 32.
Grünkohl 32. 21.	Jg. Erbsen fein 81. 45.		Leipz. Allerlei III. . . . 45. 27.
Sellerie in Scheiben . . 63. 36.	Jg. Erbsen extra fein 105. 57.		Leipz. Allerlei II. . . . 68. 38.
Kohlrabi in Scheiben . . 32. 21.	Erbsen u. Karotten 44. 27.		Leipz. Allerlei I. . . . 90. 50.

Frischer hiesiger Stangen-Spargel Pfund 75. 65. 55. 35.

la. kerniges Schweinefleisch Bratenstücke Pfund 75. Pfund 65.	Neue lange Schabekartoffeln Pfund 20.	Prima Tilsiter Käse Pfund 80. 70. 60. 50.
la. junges kernfettes Rindfleisch Bratenstücke Pfund 80. Pfund 70.	Neue Salatgurken Stück 32.	Emmenthaler Käse Pfund 120.
la. junges Kalbfleisch Bratenstücke Pfund 75. Pfund 60.	Junger Kopfsalat 2 Kopf 15.	Prima Holländer Käse Pfund 110.
la. fettes Mastkalbfleisch Bratenstücke Pfund 100. Pfund 80.	Jg. Spinat . . 2 Pfund 35. Tomaten . . Pfund 40.	Prima Edamer Käse Pfund 90.
Rind- und Schweine-Hack Pfund 80.	Junge Radieschen 3 Bund 15.	Limburger Käse pikant Pfund 50.
Rinderfalg ausgelesen Pfund 50.	Zitronen 10 Stück 40.	Große Harzerkäse Kiste, 100 Stück 175. 10 Stück 20.
Landrauch-Speck, fett Pfund 68.	Apfelsinen 10 Stück 60. 40. 30. 20.	Nordische Kräuter-Anchovis Glas 32.
Landrauch-Schinken, im ganzen Pfund 115.	Tafeläpfel Pfund 50. und 35.	Appetitsild Dose 68. 40.
	Gelbe Kanarische Bananen Pfund 40.	Sardinen in Oel Dose 85. 75. 50. 32.
	St. Michel-Ananas la. große Pfund 90.	Geräucherter Lachs Pfund 120.

HOLSTENHAUS G. m. b. H. LÜBECK

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 7. Mai 1914.

251. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kühn, Kräfte.

Speid (3.) begründet den von Abgeordneten aller Parteien eingebrachten Gesetzentwurf, wonach die Aufwandsentschädigungen unpfändbar gemacht werden sollen, die an Familien gewährt werden, von denen zwei oder mehr Söhne im Heer und bei der Marine oder bei den Schutztruppen eingestellt sind.

Ueberweisung an eine Kommission wird nicht beantragt, der Entwurf wird deshalb sofort auch in zweiter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Ergänzung des

Besoldungsgesetzes.

Reichssekretär Kühn: Ich habe namens der vereinigten Regierungen die schon in der Kommission abgegebene Erklärung zu wiederholen, daß, wenn der Reichstag dem Entwurf in der Form zustimmen sollte, wie er die Kommission verlassen hat, die Regierungen dem Entwurf die Genehmigung verweigern müssen. In der Kommission sagte man, das würde ein Scheitern des Entwurfes bedeuten und eine weitgehende Mißstimmung unter den Beamten hervorrufen, für die die Verantwortung die Regierungen treffen würde. (Lebh. Sehr richtig!) Ob dieses sehr richtig draußen im Lande einen Widerhall finden wird, ist mir sehr zweifelhaft. Trotz der schweren Bedenken gegen schnell aufeinander folgende Änderungen des Besoldungsgesetzes hat die Regierung der im vorigen Jahre vom Reichstag beschlossenen Änderung ihre Zustimmung gegeben, und in weiterer Konsequenz der vorjährigen Beschlüsse eine neue Vorlage eingebracht, in der gleichzeitig auch die Verhältnisse der Dedoffiziere nach einem Wunsche des Reichstages neu geregelt werden sollen. Eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und dem Reichstag besteht nur darüber, daß der Reichstag noch weitere Beamtengruppen zu bedenken wünscht. Eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit ist auch das nicht, denn die Regierung hat nie erklärt, daß sie der Besserung weiterer Beamtengruppen im Prinzip entgegensteht, nur kurzzeitig könne sie nicht auf die Anregungen des Reichstages eingehen. Jede Änderung des Besoldungsgesetzes zieht ja weitestgehende Konsequenzen nicht nur für das Reich, sondern auch für die einzelnen Bundesstaaten und Kommunen nach sich. Ich kann vollkommen verstehen, daß der Reichstag noch weitere Beamtengruppen zu bedenken wünscht. Auch die Regierung wünscht sie, sie läßt sich in der Fürsorge für die Beamten von niemandem übertreffen und wird mit einem Vorbehalt an sie herantreten, sobald die Vorarbeiten erledigt sind und die Möglichkeit der Durchführung besteht. Ich kann aber nicht verstehen, daß, weil die in der Vorlage nicht genannten Beamtengruppen unberücksichtigt bleiben sollen, nun auch die anderen in der Vorlage genannten nicht aufgebessert werden sollen. Warum sollen, weil die gehobenen Unterbeamten nicht aufgebessert werden, deshalb auch die Landbriefträger nichts bekommen, warum sollen, wenn man sich über die Eisenbahngehälter in Schlaf-Vorbringen nicht einigen kann, auch die Bezugsverhältnisse der Dedoffiziere bis ins Ungeheuer hinaus nicht geregelt werden? Deshalb richte ich die dringende Bitte an Sie, Ihren ablehnenden Standpunkt aufzugeben und dem Entwurf, wie er Ihnen von der Regierung unterbreitet worden ist, zuzustimmen.

Chert (SD.): Nach der Erklärung des Staatssekretärs scheint das Schicksal der Besoldungsnovelle besiegelt zu sein. Ich halte es aber trotzdem oder gerade deshalb für notwendig, die Stellung meiner Freunde wenigstens zu den entscheidenden Punkten der Vorlage noch einmal kurz zu präzisieren. Der Staatssekretär hat ausgeführt, daß es unzweckmäßig sei, wenn der Reichstag sich in so schneller Folge wie bisher mit Besoldungsänderungen zu befassen habe. Es ist richtig, daß der vorliegende Entwurf die dritte Novelle zur Besoldungsordnung ist. Für diesen Vorgang ist aber vor allem die Reichsregierung selbst verantwortlich zu machen. (Sehr richtig!) Der Vorgang ist verschuldet durch die durchaus unzulängliche Regelung der Besoldungsreform von 1909. (Sehr richtig!) Wenn damals den berechtigten Wünschen der Beamten, insbesondere der Unterbeamten, nur einigermaßen Rechnung getragen worden wäre, dann wäre die vorjährige und auch die diesjährige Besoldungsnovelle überflüssig gewesen. (Sehr richtig!) Die 1909 vom Reichstag in Aussicht genommene Gehaltsaufbesserungen waren kaum hoch genug, um das Manko auszugleichen, das sich infolge der Zoll- und Steuerpolitik des Reichs in den Etats der Beamten ergab. (Sehr wahr! bei den Soz.) Trotzdem hat die Regierung nicht gehört, und es ist ihr im letzten Augenblick auch gelungen, die Mehrheit des Reichstages umzumünzen und die Beamten wieder zu enttäuschen. Seitdem sind die Vorarbeiten für den Lebensunterhalt noch erheblich mehr gestiegen, alles spricht sogar dafür, daß man mit einer dauernden Teuerung in den Lebensverhältnissen rechnen muß. Jedenfalls ist kein Anlaß vorhanden, für die nächste Zeit mit einem Sinken der Preise zu rechnen. Wenn nun der Reichstag verlangt, daß den Beamten das Gegebene werden soll, was ihnen 1909 vorenthalten wurde, so ist das eben nur ein Akt dringender Notwendigkeit. Für die Beamten der Postkassen- und Postassistentenklasse ist es im vorigen Jahre durch entschiedenes Vorgehen des Reichstages erreicht worden; mit der jetzigen Vorlage soll die notwendige Folgerung für die übrigen dabei in Betracht kommenden Beamten gezogen werden. Meine politischen Freunde waren von vornherein bereit, sich mit ihren Forderungen in diesem Rahmen zu halten. Wir haben uns dazu entschlossen, trotzdem eine große Anzahl weitergehender, wohl begründeter und durchaus berechtigter Wünsche der Beamten vorgelegt hat. Aber selbst diese in eng begrenzten Rahmen, die den beschiedenen Forderungen genügt die jetzige Vorlage in keiner Weise. Sie ist zwar ein umfangreiches Aushilfsmittel, aber was sie an Besserungen für die Beamten bringt, ist so überaus dünn und gering, daß sie überall und besonders in den Kreisen der Unterbeamten bittere Enttäuschung hervorrufen mußte. Nach der Vorlage sollen die unteren Klassen bis zum Gehaltsstand von 1700 Mark um 100 Mark aufgebessert werden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Beamte der Reichseisenbahnen und um die Beamten der Landbriefträgerklasse, die ein Anfangsgehalt von jährlich 1100 Mark beziehen. Aber die in der Vorlage vorgesehene angelegte Besserung der Beamten der Reichseisenbahnen ist eigentlich nur eine Fiktion. (Sehr wahr! bei den Soz.) In Wirklichkeit sollen ja nach der Vorlage auch nicht einen roten Heller Einkommen mehr erhalten als bisher. Diese Beamten der Reichseisenbahnen haben nämlich seit Jahren einen nichtpensionsfähigen Zuschuß bezogen. Dieser Zuschuß ist 1909 bei der Regelung der Wohnungsgehaltszuschüsse ganz ausdrücklich als Ausgleich in Rechnung gestellt

worden und zwar auf ausdrückliche Befürwortung der Regierung hin. Der Vertreter der Reichseisenbahnverwaltung hat das in der Kommission bestätigen müssen und hat hinzugefügt, daß der Zuschuß damals notwendig gewesen sei, um Einkommensverminderungen zu vermeiden, was mit der Gehaltsaufbesserung allein nicht hätte erreicht werden können. Nach der jetzigen Vorlage soll nun dieser Zuschuß künftig in Höhe der vorgesehenen Gehaltsaufbesserung wegfallen. Die Folge würde sein, daß die Unterbeamten, bei denen der Zuschuß 120 Mark beträgt, die Gehaltsaufbesserung aber nur 100 Mark, keinerlei Einkommensaufbesserung erfahren würden. In der Kommission ist es nun gelungen, durch Streichung des § 5 der Vorlage die Aufrechnung des Zuschusses auf die Gehaltserhöhung zu beseitigen, so daß den Unterbeamten der Reichseisenbahnen nun tatsächlich die in Aussicht gestellte Gehaltsaufbesserung auch zuteil werden soll. Nach der Regierungsvorlage sollten die höheren Beamten ihre sehr viel höheren Zuschüsse auch künftig unverkürzt weiter beziehen, nur den wirtschaftlichen Schwachen, den unteren und mittleren Beamten sollte er gegen die Gehaltsaufbesserung aufgerechnet werden. (Hört, hört!) Die Kommission hat schließlich einstimmig unseren Antrag auf Streichung dieses ungeheuerlichen § 5 zugestimmt. Ein weiterer großer Mangel der Vorlage war die Nichtberücksichtigung der gehobenen Unterbeamten der Post. Diese gehobenen Dienststellen sind die einzige Beförderungsmöglichkeit für die Unterbeamten der Reichspostverwaltung. Eine wesentliche wirtschaftliche Besserstellung ist aber heute mit dieser Beförderung nicht verbunden, trotzdem sie in der Regel erst nach 20 bis 25 Jahren Dienst eintritt. War die Besserstellung schon früher außerordentlich bescheiden, so ist sie bei der vorigen Jahr erfolgten Erhöhung der Schaffnergehälter heute fast ohne jede wirtschaftliche Bedeutung. Die gehobenen Dienststellen können heute weniger eine Beförderungsstelle, sondern vielmehr eine Ausbesserungsstelle der Unterbeamten genannt werden. Eine Besserstellung dieser Beamten steht in unabwiesbarem Zusammenhang mit der Änderung des Besoldungsgesetzes. Die überaus bescheidenen Beschlüsse der Kommission — Gehalt der Gehobenen 1500—3500 Mark, Aufrechnungsfrist 15 Jahre — bleiben weit hinter den Forderungen der Beamten zurück; die Regierung aber macht sie zum springenden Punkt. Der Staatssekretär gibt zu, daß die Verhältnisse in der Oberbahnerklasse unhaltbar geworden sind, und lehnt nur ab, daß zurzeit eine Besserstellung erfolgen soll. Ja, sollen wir denn jedes Jahr uns mit einer Besoldungsnovelle befassen? Wenn wir unsere weitergehenden Forderungen zurückgestellt haben, so nur, um möglichst einstimmig den Reichstag zu erzielen. Für uns sind die Kommissionsbeschlüsse das allermindeste, was den Unterbeamten gewährt werden muß. Ein Nachgeben ist für uns völlig ausgeschlossen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn der Bundesrat trotz dieser Selbstbeschränkung des Reichstages sich ablehnend verhält, so ist dabei wohl keine allgemeine Stellung gegen diesen Reichstag entscheidend gewesen. Der Staatssekretär hat in der Kommission von vornherein den Standpunkt eingenommen: Vogel, friß oder stirb! (Sehr wahr! bei den Soz.) Wo bleibt da noch die verfassungsrechtliche Stellung des Reichstages? Wie lange will sich der Reichstag noch eine solche Behandlung gefallen lassen? (Sehr gut! bei den Soz.) Die Taktik des Bundesrats läuft darauf hinaus, den Reichstag völlig auszuschalten. Dieser unwürdige Zustand muß endlich ein Ende haben. (Bravo! bei den Soz.) Finanzielle Bedenken können für die Haltung des Bundesrats nicht entscheidend gewesen sein, denn dazu ist das Objekt angesichts der 500 Millionen Ueberhörschüsse der Post denn doch zu gering. Soll die Rückstufung auf Preußen soweit gehen, daß die preussische Regierung dem Reichstag seine Beschlüsse diktiert? Wenn Preußen es an dem nötigen Pflichtgefühl gegenüber seinen Beamten fehlen läßt, dann kann doch nicht der Reichstag gezwungen sein, in denselben Fehler zu verfallen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. — Präsidium Räumung des Saals.) Läßt die Regierung die Besoldungsvorlage scheitern, dann setzt sie ihre Beamteneindringlichkeit selbst in das richtige Licht. An schönen und billigen Lebensarten für die Beamten hat sie es nie fehlen lassen. Jetzt aber verfährt sie, wo es gilt, die Worte in die Tat umzusetzen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn es sich um Forderungen für den Militarismus handelt, kommt es auf einige Tausend Millionen Mark nicht an. Hier aber, wo es sich um eine geringfügige Aufwendung für einen gerechten sozialen Zweck handelt, knöpft die Regierung die Taschen zu und weist den Unterbeamten die Tür. Demgegenüber beharren wir auf unserem Standpunkt und auf den Kommissionsbeschlüssen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Racke (3.): Wir bedauern das Vorgehen des Bundesrats, daß nicht nur unter den Beamten eine tiefgehende Mißstimmung hervorgerufen muß, sondern es auch fraglich erscheint, ob eine derartige Einigung wie diesmal auch in Zukunft im Reichstag möglich sein wird.

Saffermann (MZ.): Im vorigen Jahre bei der Dedungsvorlage hat die Regierung sich eine weitgehende Umgestaltung gefallen lassen. Bei dieser viel weniger wichtigen Vorlage setzt sie unseren Wünschen ein starres Nein entgegen. Sie sollte sich das doch noch einmal überlegen. (Bravo! bei den Natib.)

Dr. Dertel (K.): Die Regierung sollte bedenken, daß unsere Forderungen recht maßvoll sind. Hoffentlich wird sich bis zur dritten Lesung noch ein Weg zur Verständigung finden. (Bravo! rechts.)

Reichssekretär Kühn: Auch die Regierung hat keine prinzipielle Einwendung gegen eine Besserstellung der gehobenen Unterbeamten, aber es bedarf noch längerer Erwägungen, was für Konsequenzen das für andere Beamtengruppen nach sich ziehen wird. Durch diese Erklärung ist vielleicht eine Grundlage zur Verständigung gegeben.

Kopisch (Wpt.): Bei der Dedungsvorlage gab die Regierung nach, weil es sich um Einnahmen handelte, heute bleibt sie fest, weil es sich um Ausgaben handelt. Wir werden selbstverständlich auf den Beschlüssen der Kommission beharren. (Bravo! bei den Volksp.)

Schulz (Rp.) gibt der Hoffnung auf eine Verständigung bis zur dritten Lesung Ausdruck.

Dr. Haeg (Eh.) und Abg. Werner-Hersfeld (Deut. Volk.) treten für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Dr. Weill (SD.): Den § 5, der den Reichseisenbahnbeamten die Zulage nimmt, hat die Kommission einstimmig gestrichen. Ich hoffe, daß das auch im Plenum geschieht. Freilich lassen die Ausführungen der Herren Dertel und Schulz befürchten, daß dieser Paragraph einer Verständigung geopfert werden soll. Meine Fraktion wird an den Kommissionsbeschlüssen unso mehr unerschütterlich festhalten, als der Reichstag eine außerordentliche Bescheidenheit und Mäßigkeit bewiesen hat. Wenn die Regierung einen festen und nachhaltigen Willen des Reichstages erlebt, wird sie nachgeben. (Bravo! bei den Soz.)

Die Debatte schließt. Die Vorlage wird nach den Beschlüssen der Kommission einstimmig angenommen.

Hierauf wird fortgefahren in der Beratung des

Militäretats.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Am Schlusse der gestrigen Sitzung hat der Abg. Liebknecht sich gegen meine Ausführungen über das Stuttgarter Protokoll gewandt. Ich stelle fest, daß ich ihn mit keinem Worte erwähnt habe, weil ich gar nicht wollte, daß er in Stuttgart zugegen gewesen ist und dort sogar eine Hauptrolle gespielt hat. Mittlerweile habe ich heute früh mit mir einiger Mühe den offiziellen Bericht über die 1. Internationale Konferenz der Jugendorganisationen, der sonst aus dem Buchhandel zurückgezogen ist, verschaffen können. In diesem Bericht sind folgende Punkte dessen, was ich gestern gesagt habe, enthalten: „Das wesentliche Ziel der antimilitaristischen Propaganda ist Zermürbung und Zerkleinerung des militaristischen Geistes. Der denkbar größte taktische Fehler ist es, die für den Militarismus unzuverlässigen Elemente, die zur Desorganisation beitragen, von der Armee fernzuhalten, wodurch deren Gefährlichkeit vermehrt wird. (Hört, hört! rechts.) Sorgen Sie dafür, daß die internationale Jugendbewegung in dem antimilitaristischen Kampfe eine ehrenvolle Rolle spielt.“ Dann ist auch in dem Protokoll noch erwähnt, daß die Gründung der Jugendorganisationen für den antimilitaristischen Kampf ganz besonders geeignet sei. Nur in einem Punkte habe ich in dem Protokoll nicht bestätigt gefunden, die Worte, daß die jungen Leute gegen jeden Dienst mit der Waffe mit Ekel und Abscheu erfüllt werden sollen. (Lebh. Aha-Mufe bei den Soz.) Ich kann Ihnen auch ruhig mitteilen, woher ich mein Material habe. Es ist kein Spiegelmateriale, mit derartigen Dingen befaßt sich die Heeresverwaltung nicht (Gelächter bei den Soz.), sondern es sind die verschiedensten Publikationen in großen Berliner Zeitungen. (Zurufe bei den Soz.: Welche? Reichsverbandspresse!) Im übrigen sind die bestreuten Worte zur Charakterisierung dessen, was ich charakterisieren wollte, auch ganz unnötig, dazu genügt das, was im offiziellen Protokoll steht. Herr Liebknecht wird nicht bestreiten wollen, daß er die beanstandeten Worte ganz ähnlich bei anderen Gelegenheiten verwendet hat. Die ganze Sache ist also ein Streit um Worte. (Lebh. Widerspruch bei den Soz.) Mir kommt es auf die Sache an, und das, was im offiziellen Protokoll steht, legt mir die Pflicht auf, gegen diese Art der Tätigkeit mit allen meinen Kräften zu kämpfen. (Bravo! rechts; Unruhe bei den Soz.)

Stücken (SD.): Nach dem Hülarenritt, den der Kriegsminister gestern gegen meine Partei unternommen hat, wird er in der ganzen reaktionären Presse als der kommende Mann bezeichnet, der die Sozialdemokratie zu Boden werfen wird. Nun, wir sind überzeugt, wenn der Kriegsminister und seine Mitarbeiter nicht mehr da sein werden, dann werden wir noch immer da sein. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wie es mit seinem Beweismaterial steht, hat er eben bewiesen. Mit all der sittlichen Entrüstung, die ihm zur Verfügung steht, war er uns gestern vor, wir erfüllen die Jugend mit Ekel und Abscheu vor dem Militärdienst, und heute muß er zugeben, daß diese Worte nicht im Protokoll stehen. Er sollte sein Pressebureau beauftragen, ihn besser zu informieren. Er wollte aus der unangenehmen Situation damit hinauskommen, daß er sagte, es kommt nicht auf die Worte, sondern auf den Sinn an. Jawohl, auf den Sinn, den er in die Worte hineinlegt, den aber Liebknecht keineswegs im Auge gehabt hat. Die Zeitungen, auf die er sich bezieht, sind natürlich die jammern bekannte Reichsverbandspresse, die täglich neue Schwindereien über die Sozialdemokratie verbreitet. Im übrigen haben wir es ganz gern, wenn mit offenem Visier gegen uns gekämpft wird. Der Kriegsminister brachte wenigstens einen anderen Ton in die Militärschritte. Im übrigen konnte man bei den Reden glauben, sich in einem Kriegerverein zu befinden, der eine neue Fahne weicht. (Hört, b. d. Soz.) Diese Lobhudeleien müssen den Kriegsminister geradezu anreizen, mit neuen Forderungen zu kommen. Stürmische Heiterkeit erregte es, als der Kriegsminister sagte, er sei auf dem besten Wege zur Sparjamkeit. Jawohl, der Weg zur Sparjamkeit führt durch die Viktoriastraße. (Hört, und Sehr gut! b. d. Soz.) Der Kriegsminister vermehrte, daß wir keine Anerkennung für die glatte Durchführung der Militärvorlage gehabt hätten. Dazu hatten wir keinen Anlaß. Die Verwaltung war dabei keineswegs vor eine unerwartete Aufgabe gestellt. Die Vorbereitungen liegen Jahr und Tag zurück. Außergewöhnliches ist also nicht geschehen, wenn ich auch zugebe, daß die übliche Arbeitszeit von 10—3 nicht in allen Fällen eingehalten werden konnte. (Hört, b. d. Soz.) Es wäre noch schöner, wenn eine Verwaltung, die uns jammern Millionen kostet, bei solchen Aufgaben veragen würde. Wenn die große Zahl der Aushebungen das Wirtschaftsleben nicht gestört haben, so lag das an der gegenwärtigen Krise. In der Hochkonjunktur werden uns die mehr als 100 000 Arbeitskräfte sehr fehlen, die jetzt in Kasernen untergebracht sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch daß die Vermehrung der Unteroffiziere keine Schwierigkeiten gemacht hat, hängt mit der Krise zusammen, die die Leute eher veranlaßt, noch einige Zeit zu kapitulieren. Die 38 000 Ueberhörschüsse, von denen der Minister sprach, werden zweifellos die Rüstungstreiber veranlassen, eine neue Militärvorlage zu verlangen. Interessant war, daß in der Kommission ein Brief einer Festungshauptverwaltung an einen Unternehmer vorgelegt werden konnte, er möge sich auf umfängliche Arbeiten vorbereiten, sie aber zunächst kreditieren, denn sie sollen bezahlt werden von dem Mehrertrag des Wehrbeitrages. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich habe ja nie geglaubt, daß die Regierung etwas wieder hergeben wird, was sie schon bekommen hat; und nun hören wir, daß die Ueberhörschüsse in Zement und Beton angelegt werden sollen. (Hört.) Wenn auch der Kriegsminister sagte, momentan werde an keiner neuen Vorlage gearbeitet, so kann er doch nicht wissen, was das Militärskabinett mit der Zeit für Wünsche hat. — Unsere Resolutionen bei der Militärvorlage nannte Herr Erzberger Hypothesen, mit denen die Vorlage belastet sei. Das sind aber sehr oberflächliche Hypothesen, die nicht verginst werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gewiß ist in den letzten Jahren manches für die Soldaten erzielt worden, aber erst nach langen Kämpfen hat die Verwaltung das der Not gehörend bewilligt. Alles, was uns geboten worden ist, ist doch nur ein Tropfen auf einem heißen Stein, und am System wird dabei gar nichts geändert. Mit der ärztlichen Versorgung der Armee steht es aber schlecht, es fehlen 57 % der Militärärzte. Diesem Mangel wäre leicht abzuhelfen, wenn man konsequenter Rücksicht bei der Besetzung dieser Stellen zur Seite lassen und den Ärzten die Studienjahre anrechnen würde. Wie die Militärverwaltung sich über Wünsche des Reichstages hinwegsetzt, beweist folgendes: wir haben eine Verminderung der Adjutanten beschlossen. Prinz Friedrich Leopold von Preußen, der in der Armee gar keine aktive Rolle bekleidet, hatte 5 Adjutanten. Wir wollten ihm

Im Höchstfall einen zehnjährigen. Was hat man getan? Er hat
den Sohn, 2. sind Offiziere, der jüngste erst 18 Jahre. Die
beiden Offiziere sind in Danzig bei den Leibhütern, sind aber
meist wo anders. (Hört.) Bisher haben wir von ihren
Leistungen nichts gehört, als daß sie mit ihren Automobilen
Menichen überfahren haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Teht
erhalten sie jeder einen Adjutanten und der jüngste Sohn
auch einen. So ist nur ein Adjutant gespart. (Hört, hört! b.
d. Soz.) Auch bei der Pauerverwaltung wird gar nicht gespart.
Im kleinsten Heft, wo eine Kaserne gebaut wird, baut man
auch gleich ein Offizierskasino. Da brauchen wir uns nicht zu
wundern, wenn jedes Jahr rund 1200 Millionen für das Mi-
litär ausgegeben werden müssen. Gegen die Militärmiß-
handlungen will der Kriegsminister mit aller Entschiedenheit
eintreten. Einen Erfolg wird er aber erst dann haben, wenn
jeder Soldatenmischer, und vor allem jeder Offizier in dessen
Kompanie oder Eskadron Soldatenmißhandlungen mehrfach
vorkommen, sofort davon gejagt wird. (Sehr wahr! b. d.
Soz.) Ein Offizier, der sich an einem Soldaten vergreift, be-
weist bodenlose Feigheit, denn der Soldat kann sich nicht
wehren. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wie verhält sich das mit
dem angeblich höher gespannten Ehrgefühl der Offiziere? Zu
unserer Kenntnis kommen ja nur die Fälle von Mißhand-
lungen, die den Gegenstand gerichtlicher Verhandlung bilden.
Wir erleben es aber vielfach, daß entlassene Soldaten hinter-
her Anzeige erstatten, und dann kommt heraus, daß bei dem
Truppenteil jahrelang systematisch mißhandelt worden ist.
Wenn wir diese Fälle vorbringen, so wollen wir damit nicht
die Arme herabziehen, sondern auf die schwachen Stellen des
Militarismus hinweisen, und vor allem für die Söhne des
Volkes eintreten, die nicht in die Kaserne kommen, um da
mißhandelt zu werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sogar Un-
teroffiziere und Einjährig-Freiwillige werden drangsaliert.
Ein Unteroffizier hat sich das Leben genommen, weil er die
Quälereien seines Hauptmanns nicht mehr anstehen konnte.
Der Hauptmann schrieb dann an die Eltern im trostlosen Ge-
schäft, ihr Sohn habe sich erschossen, er bedaure das, könne
es aber nicht ändern, er hoffe, daß die Eltern mehr Freude an
ihren anderen Kindern erleben würden. (Hört, hört! b. d.
Soz.) Ein Unteroffizier wollte zur Beerdigung fahren, und
auch das hat der Hauptmann verboten. (Hört, hört! b. d.
Soz.) Und wie werden die Reservisten behandelt? Offiziere,
die nach gebildete Leute sein wollen, scheuen sich nicht mit
rechten Schimpfzettel, die kein Richter gebrauchen
würde, wie „Schweinehirt“, „Schäfer“, „Miserable
Schien“, „Hundsförter“, die Leute zu benennen. Nicht wir
vergehen die Soldaten, nein Unzuchtigkeiten in ihre Reihen
tragen solche Offiziere und Unteroffiziere. Der Kriegs-
minister regte sich darüber auf, daß der „Vorwärts“ keine
Notiz davon genommen, daß 9 Offiziere mit der Rettungs-
medaille dekoriert worden sind. Das hängt mit der Zeitungs-
technik zusammen. Geht es so etwas in Berlin, dann bringt
es der „Vorwärts“, aber er hört nichts davon, wenn es in
irgend einem Winkel passiert. Und einschüchtert das Verdienst
dieser Offiziere die anderen, die Mißhandlungen begehen?
(Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir häufig schlagen Vergewaltiger
bei großen Grubenkatastrophen ihr Leben in die Schanze zur
Reitung der Kameraden. Darüber berichtet ja auch das Mi-
litärwörterbuch nicht. Die Arbeiter bekommen keine Me-
daille. Es liegt ihnen auch nicht an dem Erld Metall, sie
finden ihre Belohnung in dem Gefühl erfüllter Menschen-
lichkeit. — Die neue Verordnung über den Waffengebrauch
des Bürgers stellt eine entsetzliche Verschlechterung dar.
Für den Offizier gibt es die „Patriotismus“, wie im bür-
gerlichen Leben für den Reichen die „Klumpen“. (Sehr
gut! b. d. Soz.) Verordnungen von so weitgreifender Be-
deutung hätte es gar nicht geben, sondern Gesetze. Bei uns
aber soll alles Ausfluß der Kommandogewalt sein. Da
kann man schließlich den ganzen Militärapparat als Ausfluß der
Kommandogewalt darstellen. (Heitere Zustimmung b. d. Soz.)
Die Verordnung problematisiert die Macht des Militärs.
Schließlich verdrängen Sachkenner, Württemberg und Bayern auf
ihre Einführung. Der Gebante verabschiedete Offiziere im
kaufmännischen Sinne verwenden zu lassen, zeigt die ganze
Anhangseligkeit des Kriegsministers. Ein verabschiedeter
Offizier mag sich allenfalls zum Verkäufer in einem Zigarren-
geschäft eignen, sonst könnte die höchsten die Firma Kump
verwenden. (Hört, b. d. Soz.), aber auch nur, wenn er ihr
Nachschuß leisten kann, die sie sich sonst durch Kornwägen
behalten müßte. Wie weit die Zumutungen gehen, zeigt ein
Sachkenner, worin die freie Gewerkschaft der Lithographen
einkam, im Augenblicke verabschiedete Offiziere zu verwen-
den. Etwa als Streikbrecher oder zum Einfädeln der Be-
trüge und zur Verbreitung von Falschmünzen. (Gr. Hört, b. d.
Soz.) Gewiß ist mancher pensionierter Offizier in sehr trau-
rigen Lage. Aber man sollte die Offiziere länger im Dienst
halten. Warum muß denn ein Hauptmann deshalb den Ab-
schied nehmen, weil sein Hintermann Major wird? Wir haben
heute bereits 35 pensionierte kommandierende Generale,
20 Generalleutnants, 640 Generalmajors, im ganzen die
heutige Zahl von 905 pensionierten Generalen,
die allein schon einen Kriegsverein bilden können. (Hört.)
Dazu kommen 879 Regimentskommandeure und 2700 Stabs-
offiziere. Alle diese Leute sind zum größten Teil höchstlich
zu hoch pensioniert. Den pensionierten Heeren wird bei ihrer
robusten Gesundheit die Zeit lang, und daher machen sie sich
unangenehm bemerkbar. Die Namen Liebert, Reim und
Wochen bedeuten ja allein schon ein Programm. Bei ihren
Zeitungsaufstellungen legen die Herren den Generalstabschef bei.
Der unbefangene Leser glaubt dann an eine große Persönlichkeit,
wie etwa Meißner es war. Aber es gibt Generale, die ledig-
lich im höchsten Grad gewarnt sind. Nach Petersburg haben
sie jetzt einen Gefallen, der nur als Mäker bekannt ist und
einen haben wir, der es als aktiver Offizier nur bis zum
Lebensende gebracht hat: Rothmann-Holweg. (Gr. Hört.) Der
Kriegsminister bekennt, die Versorgung des Militärs in der
Arme, und in der Kommandation eines General als hohen
Posten. Man darf auch Söhne von Unteroffizieren und
kleinen Beamten Offiziere sein. Leider hat er uns nicht ge-
legt, in welchen Dimensionen sie leben. In der „Zeit“ wird
ein Kandidat veröffentlicht, von dem Sohn eines Subaltern-
beamten, der jede Qualifikation zum Offizier und dessen
Bater auch das geübteste Vermögen hat, der aber von keinem
Regiment angenommen wurde, weil ihm eben die notwen-
digen Kennzeichen und verwandtschaftlichen Verbindungen
fehlen. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Offiziere an der Grenze
haben es doch größere Zurückhaltung aufzuweisen, wie der
temperamentvolle General v. Deimling in Straßburg. Herr
Nagels v. Bismarck wollte ja nationale Politik in der
Arme haben, der Kriegsminister sollte sich daran nicht er-
lassen, die Politik würde bei den Offizieren nicht halt machen,
eine nationalistische, vielmehr auch eine Junkerkompag-
nie. (Hört.) Die Besetzung des Kriegsministers, die Sozial-
demokratie wußte den Tag gegen die Arme, in dem Abg.
Liebermann schon richtig gewahrt. Geradezu unerträglich aber ist
es, wenn der Kriegsminister in diesem Zusammenhang das
Gesamt für seine Partei, die linke im Falle, die ge-
richtliche hier im Hause, unumstößlich nennt. Eine solche Be-
kämpfung wachen wir uns. (Sehr Richtig! b. d. Soz.) Die
kaiserliche Jugend in Deutschland ist moralisch, wie die
Einbrecher, die Schokolade verpacken, die der Unteroffizier
Rein überfallen haben, sie ist mindestens so moralisch, wie die
Jugend der bürgerlichen Klassen, die dem lieben Herrgott den

Tag absteht. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Der Kriegsminister
wollte sein Wort damit begründen, daß wir Republikaner
seien. Hält er die französischen, hält er die Schweizerischen
Offiziere für unmoralisch? (Zuruf b. d. Soz.: Hamburg!)
Einer dieser unmoralischen Offiziere hat seinen obersten
Kriegsherrn während der Schweizerischen Manöver bewacht,
dieser Offizier war dazu noch ein Parteigenosse von uns.
(Hört, hört! b. d. Soz.) Schließlich hat der Kriegsminister
dem Abg. Schulz zum Vorwurf gemacht, er hätte gesagt, in
Zukunft würde man nicht mehr mit denselben Heeren in den
Krieg ziehen wie früher. Aber Schulz hat vollkommen recht.
Das deutsche Reich allein stellt mehr als 6 Millionen Soldaten.
Glaubt denn der Kriegsminister, daß man solche Massenheere
ernähren und bewegen kann? Das Generallstabswerk über
den Krieg von 70/71 gibt in ganz ungeklärter Weise die
Schwierigkeiten der Ernährung und Verpflegung an. Der
Kriegsminister entzifferte sich auch über die Zitterung von
Gneisenau, Boyen und Scharnhorst. Gegenüber dem damali-
gen vertriebenen durch junkerliche Offiziere heruntergewirt-
schalteten Heere waren die Scharnhorst geradezu Antimili-
taristen, sie waren Heeresreformer wie wir heute. Wenn Sie
(nach rechts) übrigens alle wehrfähigen Mannschaften aus-
bilden wollen, so müssen Sie unbedingt zur Miliz kommen.
Ein Milizheer ist auch vollkommen geeignet zur Verteidigung
des Vaterlandes. Machen Sie dem Arbeiter das Vaterland
lieb und wert, dann wird er mit seiner ganzen Begeisterung
dafür kämpfen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.) Die Rüstungstreiber
meinen, es muß bald zu einem blutigen Krieg kommen, die
Arbeiterschaft aber will den Frieden, sie weiß, daß sie nur
einen Feind hat, das Großkapital. Die Kriegsherrn haben in
der Regel nichts zu verlieren. Wenn man im warmen Zim-
mer sitzt, sieht sich sehr schön für sein Vaterland. (Hört und
Sehr gut! b. d. Soz.) Wir lieben auch unser Vaterland, doch
hat unsere Vaterlandsliebe nicht den metallischen Beigehmaß
wie bei anderen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Was der Kriegs-
minister gegen uns hingeworfen hat, berührt uns nicht. Wir
sehen zu hoch, als daß diese Anwürfe uns erreichen. (Witz-
präsident Dore ruft den Redner zur Ordnung.) Wir werden
den Kampf gegen den Militarismus mit aller Schärfe führen
und wir werden in diesem Kampf Sieger bleiben. (Lebhafter
Beifall bei den Soz.)

Kriegsminister v. Falkenhayn: Ich habe nicht die
Sozialdemokratie unmoralisch genannt, sondern die Be-
strebungen, das Heer zu desorganisieren. — Der Chef des
Militärkabinetts hat in seinem Arbeitsgebiet mit einer Mi-
litärvorlage nichts zu tun. (Zuruf: Hinten herum.)

Mohr (Ztr.): Der sozialdemokratische Redner hat auf
die Mehrheit des Reichstags keinen Eindruck gemacht. Unser
Volk ist stolz auf die Arme. (Zuruf b. d. Soz.: Hurra, hurra!)
— Der Kriegsminister sollte seinen Einfluß gegen die ton-
fessionelle Spaltung in den Kriegereinheiten geltend machen.

Gärtling (M.): Ueber die Reden der Sozialdemokra-
ten wird sich das Ausland mehr freuen, als das deutsche Volk.
(Lachen b. d. Soz.) — Für die verabschiedeten Offiziere sollte
mehr getan werden.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Die Kriegereine
unterstehen dem preussischen Ministerium des Innern. —
Dem Abg. Götting danke ich für seine Anregung.
Hierauf wird ein Verfassungsantrag angenommen.
In einer persönlichen Bemerkung stellt
Dr. Liebknecht (SD.) fest, daß das Material des
Kriegsministers über die internationale Jugendkonferenz 1907
aus einer Notiz der „Tägl. Rundschau“ vom Februar d. J.
stamme. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.), daß im übrigen die
Konferenz eine geschlossene war, also Zeitungsberichte darüber
gar nicht entstehen konnten.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr (Anfragen) Fortsetzung
des Militärkabinetts.
Schluß: 7 1/4 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Aufstellung der gelben Garde. Die Mitteilung
des nationalliberalen „Deutschen Kurier“, die gelben Or-
ganisationen würden aus öffentlichen Mitteln unterstützt, ist
der gelben Garde offenbar recht unangenehm. Der Förde-
rungsausschuß der „wirtschaftsfriedlichen“ Arbeiterbewegung
sendet dem „Deutschen Kurier“ durch seinen Vorsitzenden
Generalmajor z. D. v. Voebell eine zweite Verifikation, in
der es u. a. heißt: „Die von Ihnen erwähnten 15000 Mk.
erhält der Hauptauschuß zum Verband öffentlicher Lebens-
versicherungsanstalten lediglich als Ersatz der Kosten, die
dem Hauptauschuß erwachsen durch die ihm vertraglich ob-
liegenden Verpflichtungen zur Organisation der öffentlichen
Volkerversicherung in der nationalen Arbeiterkraft. Dieser
Unkostenbeitrag entspricht durchaus den Zahlungen, die andere
Lebensversicherungsvereinigungen an Verbände, auch Arbeiter-
verbände, für Mitwirkung an der Ausbreitung ihrer Versicherung
gewähren. Die öffentlichen Lebensversicherungen erhalten
natürlich ebensowenig „Regierungsgelder“, wie die anderen
Lebensversicherungen und müssen ebenso wie diese Mittel
aufwenden, zur Ausbreitung ihrer Organisation. Die vom
Förderungsausschuß dem Hauptauschuß gezahlten 5000 Mk.
kommen ebenfalls nicht von staatlicher Seite her, sondern
aus den Beiträgen der Mitglieder des Förderungsaus-
schusses, der hiermit eben seine Aufgabe, die Bewegung zu
fördern, erfüllt. Ihr Herr Berichterstatter hat auch ferner
übersehen, daß der Auschuß des Kriegsministeriums zu Fort-
bildungskosten für Militärandwerker in Spandau durchaus
kein Geheimnis ist, sondern im Reichstage eingehend erörtert
worden ist.“ Im Grunde genommen bestätigt v. Voebell die
Angaben des „Deutschen Kurier“ über die öffentliche Auf-
haltung der Gelben, über die auch im Reichstage noch ein
Wort geredet werden muß.

Erfolgreiche Tarifbewegungen im Bädergewerbe. In
Frankfurt a. M. konnte vor einigen Tagen die Lohn-
bewegung der Bäder zum Abschluß gebracht werden. Der
für eine Anzahl Badeanstalten bestehende Tarifver-
trag wurde mit wesentlichen Verbesserungen erneuert. Die
Arbeitzeit ist täglich eine einständige einschließlich der Ge-
pauken. In Betrieben bis zu drei Gehäusen wöchentlich ein
zweistündiger Ruhetag gewährt; für die Hilfsarbeiter sind an
Stelle des Ruhetages Ferien in der Dauer von einer Woche
festgelegt. Der Mindestlohn beträgt für Gehäusen 26 Mk.
wöchentlich. Ueberstunden werden mit 50 Pfg. bezahlt. Die
Verminderung von Arbeitsstunden erfolgt durch den städti-
schen Arbeitsnachweis. Von den 185 bei der Bewegung in
Frage kommenden Unternehmen haben bis jetzt 27 den Tarif
noch nicht angenommen. Außer diesen Einzelverträgen mit den
Badeanstalten besteht noch ein allgemeiner Vertrag
mit der freien Innung und der Gehäusenorganisation, jedoch
nurmehr im Stadt- und Landgebiet Frankfurt a. M. in über
100 Bädern mit rund 1100 beschäftigten Personen die
Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich durch den Zentral-
verband der Bäder und Konditionen geregelt werden konnten.

In Offenbach a. M. wurde ebenfalls ein Tarifvertrag
mit sämtlichen Bädern geschlossen. Die der Innung nicht ange-
hörenden, abgelehnten. Der Lohn- und Zeitungsvertrag ist dadurch
in 48 Betrieben bestätigt. Der Mindestlohn beträgt bei einer
täglichen Arbeitszeit von 11 Stunden 24 Mk. wöchentlich und
erhöht sich im nächsten Jahr um 1 Mk. Als Ersatz für die
Sonntagsarbeit werden jährlich 15 freie Tage gewährt.

Neben diesem Vertrag mit den Innungsmitgliedern be-
steht noch ein Tarif, den die Innung mit dem meistertreuen
Gesellenauschuß vereinbart hat, worin aber ganz bedeutend
schlechtere Bestimmungen niedergelegt sind.

In Jsenburg (Hessen) wurde mit der Bädereinung
ein Tarifvertrag abgeschlossen, nach welchem den Gehäusen
alle vier Wochen ein zehnstündiger Ruhetag gewährt wird. Der
wöchentliche Mindestlohn beträgt 25 Mk. und steigt nach zwei
Jahren auf 26 Mk. Die Verabfolgung von Naturalverpfle-
gung ist nicht mehr zulässig. Ueberstunden werden mit
55 Pfg. bezahlt. Durch diese Tarifabschlüsse sind nunmehr
die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bezirk Frankfurt a. M.
fast in sämtlichen Bädern geregelt.

Aus der Jugendbewegung.

Zweiterlei Maß. Vom Berliner Jugendverein für Sport
und Körperpflege war vor einiger Zeit nach den Konfordiajäten
eine öffentliche Versammlung einberufen worden, in der
Genosse Redakteur Däumig einen Vortrag hielt. Er wies
ganz besonders auf die Bestrebungen des Jungdeutschland-
bundes hin, der gegründet wurde, um die sozialdemokratische
Jugendbewegung und die Sozialdemokratie zu bekämpfen.
Die Versammlung wurde als eine politische angesehen und
der Leiter der Versammlung wurde vom Schöffengericht zu
10 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er die Versammlung nicht
angemeldet hatte. Das Landgericht war derselben Ansicht.
Am Dienstag hatte sich das Kammergericht als Revisions-
instanz mit der Sache zu beschäftigen. Gen. Dr. Kurt Rosen-
feld als Verteidiger des Angeklagten bemühte sich vergeblich,
dem Gericht eine andere Uebersetzung beizubringen. Die
Revision wurde verworfen, da die Versammlungsredner in
der Hauptsache bezweckt hätten, nicht nur die Jungdeutsch-
landbewegung zu bekämpfen, sondern für eine politische Par-
tei, das ist die Sozialdemokratie, Mitglieder zu werben. Das
erachte der Senat für eine politische Angelegenheit. Nun ein
anderes Bild: Am Sonntag hatte der Jungdeutschland-
Ruderverein die Einweihung von fünf neuen Booten. Das
war zwar keine politische, doch eine Staatsaktion, und die
„Nordd. Allg. Ztg.“, das Regierungsorgan, berichtet hier-
über: „Unter den Gästen befanden sich Oberstleutnant
v. Wasther als Vertreter des Jungdeutschlandvereins Groß-
Berlin, Bürgermeister Dr. Reide, Professor Ruhe, Gym-
nasialdirektor Professor Dr. Schjörning u. a. m. Glückwünsche
waren von dem Kultusministerium, dem Polizeipräsidenten
v. Jagow und dem Generalleutnant v. d. Goltz einge-
laufen. Im Bootshaus Sadowa begrüßte der Vorsitzende
des Vereins, Kapitän z. S. n. Kühnweiser, die Gäste. In
der Festrede wies Gymnasialdirektor Professor Dr. Schjör-
ning auf die Bedeutung des Tages hin und erklärte, warum
man den Booten die Namen der Freiheitskämpfer von 1813,
John, Friesen, Schill, Lützow und Gneisenau, beigelegt habe.
Die Bootstafel vollzog Bürgermeister Dr. Reide und teilte
mit, daß der Kaiser zur Auszeichnung der Vereinsräume
das Bild „The Germans to the front“ verliehen, der Minister
der öffentlichen Arbeiten Schleierfreitzeit zugesichert habe,
und daß aus der Jakob-Plaut-Stiftung 500 Mark dem Verein
ausgesprochen seien. Die Flaggen für die Boote übergab Bür-
germeister Peters.“ Also über den Jungdeutschlandbund
darf in Arbeiterkreisen nicht gesprochen werden, denn das ist
nach Ansicht des Kammergerichts letzten Endes eine politische
Aktion. Doch das Treiben dieses Bundes, an dem sich das
Kriegsministerium, der Kaiser und die Behörden beteiligen,
soll nicht politisch sein? Offensichtlicher kann das zweierlei
Maß, das an der Jugendbewegung angelegt wird, wohl nicht
dargelegt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Noch einmal das Erfurter Kriegsgerichtsurteil. Der
Redakteur des demokratischen Wochenblattes „Das freie
Volk“, Dr. Heinrich Glaser und der Schriftsteller Karl v.
Dillisch aus Hamburg wurden am Donnerstag von der
3. Strafkammer des Landgerichts II Berlin wegen Verleidi-
gung der Mitglieder des Erfurter Kriegsgerichts zu je 200
Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis verurteilt und
dem preussischen Kriegsminister, der für die beleidigten
Mitglieder den Strafparagrafen gestellt hatte, die Publikations-
befugnis auf Kosten der Angeklagten in der Zeitung „Das
freie Volk“ und in den „Hamburgischen Nachrichten“ zuge-
sprochen. v. Dillisch hatte den inkriminierten Artikel ver-
faßt und mit seinem vollen Namen unterschrieben. Dr.
Glaser kommt als verantwortlicher Redakteur in Frage. Der
Artikel mit dem Titel „Das Erfurter Urteil“ behandelte das
Urteil des Erfurter Kriegsgerichts gegen eine Anzahl Land-
wehrmänner, die nach einer Militärkontrollverammlung im
vergangenen Jahre wegen Widerstands gegen Genbarne zu
mehrfährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Der
Staatsanwalt hatte je 300 Mk. Geldstrafe beantragt. Die
Angeklagten werden gegen das Urteil Revision einlegen.

Aus Nah und Fern.

Aus einem fürstlichen Badeort. Ein ganz einzi-
gartiger Vorgang wird aus dem schlesischen Badeort Salz-
brunn gemeldet. Das Bad gehört dem Fürsten Wied und
von diesem wird auch ein großer Teil des gesamten Wirt-
schaftslebens, das sich aus der Fremdenindustrie ergibt, be-
herricht. Vor einigen Jahren wurde für den Ort eine allge-
meine Sammlung veranstaltet, um eine Kirche zu bauen.
Das Geld kam zusammen, und die Kirche wurde auf klei-
nem Grund und Boden erbaut. Die Einwohner, die also
hauptsächlich die Mittel aufgebracht hatten, glaubten nun,
daß ihnen die Kirche auch dann zur Benutzung frei steht,
wenn keine Kurgäste im Ort seien. Von dieser
Auffassung hat sie nun die fürstliche Ver-
waltung kuriert. Die Kirche wurde im Winter geschlossen
und nur im Sommer für die Kurgäste geöffnet. Gegen diese
Maßnahme bemüht sich die frommen Einwohner auf und
mit ihrem Pfarrer Göbel an der Spitze führen die Ein-
wohner nun seit einem Jahre einen heftigen Kampf gegen
ihren „Gutsherrn“ und Kirchenpatron. Dieser Kampf hat
jetzt zu folgendem Zwischenschritt geführt. Dem Pastor Göbel
wurde von der fürstlichen Verwaltung das Betreten
der Kuranlagen und sämtlicher Wege, die
dem Fürsten gehören, verboten. Ja, die
Verwaltung des Fürsten, die unter der Lei-
tung des bekannten Regierungsrates und Scharfmachers
Reindorf steht, tat noch ein übriges. Sie instruierte
alle Angestellten des Kurparks dahin, den Pastor Göbel
aus den Anlagen hinauszujagen und ihm an
den Konzertkassen keine Eintrittskarten zu
verkaufen. Und um allem die Krone aufzusetzen, ver-
fügte die fürstliche Verwaltung weiter, daß dem Pastor
keine Kurkarte verkauft würde, damit er nicht in die Lage
komme, für sein Galsleben die Brunnenkur zu
gebrauchen. — Die gut christlich und patriotisch geimpfte
Einwohnerschaft ist über diese Willkürthat derart empört,
daß es in der jüngsten Gemeindeversammlung des Ortes außer
lebens herging. Da aber die wirtschaftliche Macht des
Fürsten den ganzen Ort beherrscht, wird der vergewaltigte
Pastor wohl schwerlich Genugung erhalten.

Vom deutschen Zeitungswesen. Nach einer neuen Aufstellung der Reichspostverwaltung sind im Jahre 1912 im

Die Ueberlebenden vom Dampfer „Columbian“. Der Kapitän der „Franconia“, Miller, berichtet der Curard-Gesellschaft über die Rettung von Passagieren des verbrannten Dampfers „Columbian“: Die „Franconia“ hatte das gesunkene Boot am Montag nachmittags gelehrt. Die Insassen waren in wenigen Minuten an Bord gebracht. Das Boot enthielt dreizehn Mann und eine Leiche. Sechs von den Ueberlebenden hatten schwere Brandwunden erlitten, sie wurden ins Hospital gebracht. Der Schiffszimmermann erzählt, daß das Feuer am Sonntag um Mitternacht ausgebrochen sei, er habe sich auf ein Alarmsignal auf Deck begeben, sei aber durch eine Explosion über Bord geschleudert und dann von dem Boote gerettet worden. Der Steuermannsmaat berichtet, das dritte Boot sei flott gemacht worden, als sich eine große Explosion ereignete, er wisse nicht, ob das Boot überhaupt abgefahren sei. Mehrere Dampfer sind auf der Suche.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co.
 Sämlich in Lübed.

Johannisstraße 46.

Zu beziehen durch **Friedr. Mener & Co., Lübeck.**

Johannisstraße 46.

Käselager Oldenkop
Nur Huxstraße 83-85.

Tilsiter Fettkäse	jeht 70.4	sonst 70.4
Tilsiter Vollfett	jeht 50.4 das Pfd.	sonst 90.4
Alte Holländer	jeht 70.4 p. Pfd.	sonst 100.4

ff. Schweizer Pfd. 70, 80, 90.4
Auf diese Preise 5 Prozent Rabatt.

Ausnahmsweise billig

28 Markthalle 28

Pa. Schweinefleisch	Pfd. 55.4	Schinken	Pfd. 70.4
„ Schweinebraten	Pfd. 60.4	Karbonade	Pfd. 80.4
„ Flomen	Pfd. 60.4	Braunschweiger	Pfd. 60.4

Sehr empfehlenswerte Margarine, Bund 70.4

Butter, Schmalz	Pfd. 40.4	Schinken i. Stück	Pfd. 115.4
Pflanzen	Pfd. 40.4	Speck	Pfd. 80.4
Weiche Margarine	Pfd. 55.4	Holländer Käse	Pfd. 80.4
„	Pfd. 44.4	Schweizer Käse	Pfd. 80.4
„	Pfd. 70.4	Tilsiter Käse i. St.	Pfd. 60.4
„	Pfd. 85.4	„	Pfd. 60.4
„	Pfd. 80.4	„	Pfd. 40.4
„	Pfd. 75.4	„	Pfd. 25.4
„	Pfd. 55.4	„	Pfd. 20.4
„	Pfd. 30.4	„	Pfd. 70.4
„	Pfd. 50.4	„	Pfd. 115.4
„	Pfd. 48.4	„	Pfd. 65.4
„	Pfd. 44.4	„	Pfd. 15.4
„	Pfd. 35.4	„	Pfd. 60.4
„	Pfd. 35.4	„	Pfd. 48.4

Eduard Speck, Süßstraße 80 u. 82.

Hesses Volksbücherei

Jede Nummer brosch. 20 Pfennig.
Bis jetzt erschienen über 700 Nummern.

Hesses Volksbücherei enthält in gediegenster Ausstattung eine ganze Reihe von Perlen der Erzählungskunst. Neben wertvollen Beiträgen von älteren, bewährten Dichtern sind reichlich Schöpfungen anerkannter, erster Schriftsteller der Gegenwart aufgenommen, so von:

Anzengruber — V. Blüthgen — Helene Böhlau
Otto Ernst — Max Erth — Gustav Falke
Ric. Fuch — Wilh. Jensen — Max Krehler
Detlev v. Liliencron — Ch. Niese — A. v. Perfall
W. Raabe — Peter Rosegger — Frida Schanz
Aug. Trinius — Clara Viebig — Ernst Wichert
Arthur Zapp u. v. a.

Handliches Format, große deutliche Schrift und hochpreisiges Papier.

Die meisten Nummern sind auch in hübschen Einbänden zu haben. Vollständige Kataloge stehen kostenlos zur Verfügung.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Achtung! Achtung!
Billig! Diese Woche!
Prima Dösjenfleisch!
Bund 70 Pfg.

Prima Bratenstücke ohne Knochen Pfd. 90.4
Rohschinken m. Füll. 90.4
Rumpsteak 1.60
Rohfleisch 1.00
Beefsteak 1.20
Fillet 1.40

Gulisch u. Gehacktes 80.4
Pa. Schweinefleisch 65.4

Bratenstücke und Schinken 75.4
Gehacktes Fleisch 80.4
Gulisch 70.4
Pa. Mettsteckchen 85.4
Gulisch 1.00
Geflügel und Schmalz 70.4
Brezeln u. Bratenstücke 70.4

Otto Stöver
Schlachthaus und Metzgerei
am alten Markt
22 Bahnhofstraße 22
Telefon 2133.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität

Mitgliedschaft Lübeck.

Touren:
Am Sonntag, dem 10. Mai, nach Schönbröcken. Abfahrt nachmittags 3 Uhr.
Am Sonntag, dem 17. Mai, nach Radekau. Abfahrt mittags 1 Uhr.
Am Donnerstag, dem 21. Mai, nach Schlutup. Abfahrt nachmittags 3 Uhr.
Sämtliche Touren werden vom Gewerkschaftshaus abgefahren. (3708)

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgen. Deutschl.
Jahresversammlung
am Sonnabend, d. 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 56-57.
Teilnahme wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Der Vorstand.

10. Reklame-Angebot!

Regen-Pelerinen Gummimäntel Regenschirme
vollständig für Herren u. Damen

3⁹⁵ von 12⁵⁰ an von 1⁹⁵ an

Franzen & Co., 16 Holstenstraße 16.
Rote Rabattmarken oder 4% in bar.

Beachten Sie unser 11. Reklame-Angebot nächsten Freitag!

-Rehm (2359)

Beckergrube 20

Fernruf 2037.

Hochaparte Neuheiten
Große Auswahl! Billigste Preise!

Reste! Keine Ladenhüter! per Rolle von Nur neue Muster! **10 Pfg. an.**

Geschäftsübernahme.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend sowie allen Freunden und Bekannten hierdurch die gest. Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage das

Restaurant Waldbütte, Louisenstraße 49

übernommen habe und bitte mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Für tadellose Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Ergebenst
Georg Lange.

Gleichzeitig empfehle mein im selben Hause befindliches
Kolonial- und Feinstwarengeschäft. D. D.

Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Freitag: **Grosses Tanzkränzchen.**
Morgen Sonnabend: **Großes Tanzkränzchen.** 3701

Achtung!
Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck und Umgegend.

Am Sonntag, dem 10. Mai 1914
findet die

Wahl von 2 Delegierten zum Verbandstag
statt.

Die Wahl beginnt morgens um 10 Uhr und endet mittags um 1 Uhr.
Wahllokale sind folgende:

Für Lübeck: Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52., Burgtor: Johs. Groth, Kottwitzstraße 16. Mühlentor: Weißer Engel, Ratzeburger Allee 29. Holstentor-Süd: O. Martinssen, Lindenstraße (Ecke Nebenhofstraße). Holstentor-Nord: Beim Kollegen Friedr. Burmeister, Brolingskrug.

Für Rensefeld-Schwartau: Hilprecht (Transvaal). Süke, Rensefeld und E. Cordts, Seeretz.

Für Stockelsdorf: H. Dose, Stockelsdorf.

Für Ahrensboök: F. Strehse, Ahrensboök.

Für Kücknitz: W. Dieckelmann, Kücknitz.

Für Schlutup: Beim Kollegen A. Saborowski (Gasthof zur Linde).

Für Selmsdorf: Wodrich, Selmsdorf. 3707

Jeder kann sein Wahlrecht ausüben wo er will.

Mitgliedsbuch mitbringen.

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint alle zur Wahl.
Die Orts- und Distriktsleitung.

Ad. Hübner, Uhrmacher
Fünfhausen 13. (3548)
Reparaturen prompt u. preiswert.

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein.
Zweigverein Lübeck.

Einladung zur Zahnweihe
verbunden mit Preis-schießen und sonstigen Belustigungen, unter gütiger Mitwirkung des Chorvereins Lübeck am Sonntag, d. 17. Mai im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50-52.
Anfang 5 Uhr.
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.
Einj. Dame 20 Pfg., wof. Garde. 3686) **Das Komitee.**

Gasthof „Zur Börse“ Seeretz.
Am Sonntag, dem 10. Mai:
TANZ
der Seeretzter Schweinegilde.
Anfang 6 Uhr.
Hierzu ladet freundlich ein 3685) **E. Wendt.**

Zentral-Hallen
Danwardsgrube 20.
Jeden Sonnabend:
Großes Tanzkränzchen
mit vollbesetztem Orchester.
Anfang 8 Uhr. (2167)

Achtung! Die Zirkus-Arena Achtung! gibt am Sonnabend, dem 9. Mai, im Restaurant „Zum Burgfeld“ früher Bockenhof, ihre erste
Gala-Eröffnungsvorstellung
mit ganz neuem großen Programm.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonnt. 2 Vorstell.
Nachmittags 4 Uhr:
Kinder- und Familien-Vorstellung
Abends 8 1/2 Uhr: (3700)
Haupt- und Gala-Vorstellung.
Preise der Plätze: Sitzplatz 20.4
Stehplatz 20.4 Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein **Die Direktion.**

Neues Stadttheater
Freitag, den 8. Mai 1914:
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Statt „Margarete“
Auf Wunsch:
Falstaff.
Oper von Verdi.
Große Preise. (3687)

Sonnabend, den 9. Mai 1914:
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Neuheit! Neuheit!
Abschiedsvorstellung für
Willy Schweisguth:

Im wunderschönen Monat Mai
Lustspiel von Spemann-Bodenstedt
Mittelpreise.
Sonntag, den 10. Mai 1914:
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
Abschiedsvorstellung für
Edgar Pauly:

Orpheus in der Unterwelt
Operette von J. Offenbach.
Große Preise.

Die amerikanischen Arbeiter und der Mexiko-Krieg.

New York, den 26. April 1914.

Während die Zeitungsjungen auf den Straßen die ersten Extrablätter über den „großen Krieg“ ausbreiten, drängen sich Tausende von Arbeitern in die Carnegie-Hall, eins der größten Versammlungsorte der Metropole, um die erste Protestkundgebung gegen den beabsichtigten Völkermord zu inszenieren, und die entschlossene Haltung dieser Tausende hat bei den plutokratischen „Promotors“ des Krieges wie in Washington ihren Eindruck nicht verfehlt. Frank Bohn und William D. Haywood erweckten donnernde Schos, als sie das jingoistische Abenteuer, zu dem die Wilson und Bryan sich aus Gründen der inneren Politik willig gefunden haben, in den schärfsten Worten brandmarkten. Haywood erklärte, daß die United Mine Workers, der große amerikanische Bergarbeiterverband, die fertige Tatsache eines Krieges mit Mexiko auf Grund einer bereits vor Monaten beschlossenen Resolution mit einem Generalstreik beantworten würden. Diese Feststellung Haywoods hat begreiflicherweise wie eine Bombe eingeschlagen, und die kapitalistischen Blätter, voran die „Times“, verlangten sogleich von der Regierung in Washington die Anwendung des Kriegsrechts gegen die „Empörer“, wozu sich aber die Regierungswesen in Ermangelung einer formellen Kriegserklärung und der direkten Feindung eines Kriegszustandes durch den Präsidenten vorläufig außerstande erklärten. Die Versammlung war übrigens ursprünglich zum Zwecke des Einspruchs gegen polizeiliche und gerichtliche Schutzmäße wider demonstrierende Arbeitslose und ihre Führer einberufen worden, das Ultimatum Wilsons nach dem verweigerten Flaggensatz von Tampico genügte aber, um sie in eine spontane Anti-Kriegs-Kundgebung zu verwandeln. Nach den Erklärungen der New Yorker Behörden warten diese nur auf offizielle Konstatierung des Kriegsausbruchs durch Washington — wo man selbst nach dem Gemetzel von Veracruz noch an der Fiktion einer freundschaftlichen Visite der Flotte in den mexikanischen Gewässern festhält —, um mit Massenverhaftung der sozialistischen und syndikalistischen Wortführer auf Grund von Verschwörungs- und Landesverrats-Anklagen vorzugehen. Die nächsten nach der Arbeiterkraft, die ihren Protest gegen einen Krieg mit Mexiko kundgaben, waren die bürgerlichen Frauen New Yorks, denen sich auch eine sozialistische Frauengruppe zugesellt hatte. Die Demonstration der Frauen war um so bemerkenswerter und tapferer, als sie nach dem Maffaker von Veracruz erfolgte, also zu einer Zeit, als das Land wenigstens de facto bereits mitten im Kriege mit der Nachbar-Republik war. Vierzig Frauen-Organisationen, darunter die Suffragetten wie Anti-Suffragetten, die christlichen Jungfrauen-Vereine wie die Sozialistinnen, füllten die Cooper-Union, um ihre Verabscheuung der Wilsonschen Kriegsdemagogie zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig protestierten die Frauen gegen die Schlachtereien der amerikanischen Soldateska in den Bergwerksdistrikten von Colorado. Zur Schande der Compers-Leute und kleinen Politikanten im gewerkschaftlichen Zentralkörper New Yorks muß berichtet werden, daß diese Leute und Elemente sich zu einer Kundgebung für den Völkermord mit Mexiko aufgeschwungen haben, im Gegensatz zu der Zentralkörperchaft der Chi-

kagoer Gewerkschaften, die einstimmig eine sozialistische Resolution gegen den Krieg annahm, wie ein gleiches auch aus anderen Mittelpunkt der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung gemeldet wird. Die Chikagoer Parteileitung hat durch ein Telegramm an den Präsidenten die Stellung unserer Partei bezeichnet, und die Parteileitung von New York kündigt eine öffentliche Demonstration gegen die Kriegshege an.

Von der Vertragstreue der Berliner Metallindustriellen.

Seit der letzten Lohnbewegung der Former und Gießereiarbeiter im Jahre 1911 besteht für die Eisenindustrie Berlins eine Vereinbarung, die eine Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Gießereien gebracht hat, so auch eine Regelung bei Festsetzung der Affordpreise. Danach soll eine Verständigung zwischen Arbeitern und Betriebsleitung bei Festlegung der Preise stattfinden. Gestagt die Verständigung nicht, dann wird die Arbeit im Lohn hergestellt. Die Festlegung dieses Lohnes geschieht in der Art: Es wird der durchschnittliche Affordverdienst, den der betreffende Arbeiter im letzten Jahre erzielt hat, festgestellt, und dieser durchschnittliche Affordverdienst abzüglich 15 % ist der Lohn, den der Arbeiter für die ständige Arbeit erhält. Ist der Betreffende noch nicht ein Jahr im Betrieb beschäftigt, so wird der durchschnittliche Affordverdienst eines gleichwertigen Arbeiters zugrunde gelegt.

Die Betriebsleitung der Firma Siemens & Halske glaubte, diese Vereinbarung nicht halten zu brauchen, und wies sowohl die Arbeiter wie auch die für solche Fälle vorgehende Kommission scharf ab. Die Betriebsleitung erklärte — geradezu als ob sie einen Krach provozieren wollte — den von ihr festgesetzten Preis für eigentlich noch zu hoch; sie zog noch etwas vom Affordpreis ab. Daraufhin machte noch der Arbeiterausschuß einen Versuch zur friedlichen Regelung. Doch der Vertreter der Direktion erklärte, wer für den von der Direktion festgesetzten Preis nicht arbeiten wolle, könne gehen, die Preise bestimme die Direktion.

Die nunmehr von der Organisationsleitung entsprechend der Vereinbarung vom Jahre 1911 eingeleitete Vermittlungsaktion beim Verband Berliner Metallindustrieller hatte leider auch keinen Erfolg. Wenn schon die Haltung der Firma Siemens & Halske einen großen Verstoß gegen die Vereinbarung darstellte, so ist die von der Leitung des Verbandes der Berliner Metallindustriellen eingenommene Haltung ein nicht minder großer Verstoß gegen die Vereinbarung, die im Jahre 1911 im Namen dieses Verbandes von den Herren von Borjig, Direktor Peierls und Dr. Kurt Kühnemann unterzeichnet worden ist. In der Vereinbarung heißt es nämlich, daß Differenzen durch eine Verhandlungskommission innerhalb 10 Tagen zu erledigen sind. Auf ein Schreiben der Organisationsleitung des Metallarbeiterverbandes an den Verband der Berliner Metallindustriellen erhielt diese innerhalb 10 Tagen überhaupt keine Antwort. Erst auf mehrfache Klamation kam eine Antwort am 12. Tage, die nichts weiter sagt, als die Firma Siemens & Halske befreit, gegen die Vereinbarung verstoßen zu haben. Ueber die klare Bestimmung der Vereinbarung, wonach bei Verstößen gegen die Vereinbarung innerhalb 10 Tagen Verhandlungen zur Beseitigung der Differenzen stattfinden haben, haben sich die Herren einfach hinweggesetzt, sie meinen anscheinend, mit der Erklärung der Firma Siemens & Halske, sie habe gegen die Vereinbarung nicht verstoßen, sei die Sache erledigt.

Das war jedoch nicht die Meinung der Former und Gießereiarbeiter der Firma Siemens & Halske, die deshalb, weil jeder Versuch einer friedlichen Verständigung fehlgeschlagen war, beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Angehts dieser Arbeitsniederlegung, die notwendig wurde, weil sowohl die Firma Siemens & Halske als auch der Verband Berliner Metallindustrieller sich nicht veranlaßt

sah, die Vereinbarung von 1911 einzuhalten, taucht die Frage auf: Was bedeutet eine solche Vereinbarung, wenn die Metallindustriellen glauben, ihre so bündigen schriftlich gegebenen Versprechungen nicht innehalten zu brauchen? Die Metallindustriellen haben sich in diesem Fall in leichtfertiger Weise eines Vertragsbruches schuldig gemacht, und wundern sich dann bei jeder Gelegenheit, daß die Arbeiter nicht viel auf Versprechungen der Metallindustriellen geben.

Wahrscheinlich sind die Metallindustriellen etwas enttäuscht. Während nämlich bei einer Vereinbarung im Jahre 1904 auch solche Verhandlungskommission vorgeesehen war, trat diese Kommission nach 1904 wohl auch einige Male zusammen, jedoch nicht lange nachher schloßen die Vereinbarungen ein und niemand beachtete sie mehr. Das ist diesmal anders gekommen. Die Former bestehen nach wie vor auf Einhaltung der Vereinbarung und verlangen von den Metallindustriellen die Respektierung der Vereinbarung, so wie auch sie die Vereinbarung einhalten und sich danach richten.

Welche Folgen dieser grobe Verstoß gegen schriftlich eingegangene Verpflichtungen noch zeitigen wird, bleibt abzuwarten.

Zum Streik ist noch zu bemerken, daß die Firma versucht, ihre Streikmodelle anderweitig unterzubringen, und werden alle in Frage kommenden Arbeiter ersucht, von etwa auftauchenden Modellen der Firma Siemens & Halske sofort Nachricht nach Berlin, Littenstraße 83/85, Deutscher Metallarbeiter-Verband, gelangen zu lassen.

Aus der Partei.

Verhaftung eines Stadtvorordneten in Charlottenburg. Auch die Polizei in Charlottenburg wandelt in Jagd auf Spuren. In der Stadtvorordnetenversammlung Charlottenburgs brachte am Mittwoch unser Genosse Hirsch einen skandalösen Fall zur Sprache, wonach die Polizei anlässlich des Streiks bei der Firma Stegmayer in der Hiltten Sophie-Charlotten-Straße in Charlottenburg jeden Verdächtigen verhaftete und nach der Polizeiwache brachte. Dies selbsterklärend dem sozialdemokratischen Stadtvorordneten Richter passiert, der deshalb an der Stadtvorordnetenversammlung nicht teilnehmen konnte. Die sozialdemokratische Fraktion forderte den Magistrat auf, Schritte zu ergreifen, um den Schutz der persönlichen Freiheit der Einwohner zu gewährleisten. Der Oberbürgermeister wußte von dem Vorfall nichts und konnte sich deshalb noch nicht dazu äußern. Infolgedessen wurde die Besprechung auf die nächste Sitzung vertagt.

Nicht bestätigt. Die Gemeindevorsteher von Brossen (Kreis Zeitz) wählten den Grubenarbeiter und Hausbesitzer Rahm in den Schulvorstand. Der Landrat versagte aber die Bestätigung mit der Begründung, daß nach der bekannten Ministerialverordnung keine Sozialdemokraten dem Schulvorstand angehören dürfen. Nun gehört Rahm weder der Sozialdemokratie an, noch hat er sich sonst irgendwie „sozialdemokratischer Untriebe“ schuldig gemacht. Er hat sich immer neutral verhalten. — Aber gerade dieses neutrale Verhalten scheint ihn verdächtig gemacht zu haben. Ein Grubenbeamter, der die Sozialdemokratie nicht begeistert und bekämpft, gilt in den Augen gewisser Leute als Sozialdemokrat.

Ein sozialistischer Sieg in Genf. Bei den Kommunalwahlen in der Stadtgemeinde Genf, die zum erstenmal nach dem Proportionalwahlssystem stattfanden, erhielten die Sozialisten 10 Mandate. Die evangelisch-konservative Partei, die sich dort Demokraten nennt, hat ihre bisherige Mehrheit verloren und muß sich auf 17 Sitze beschränken. Die radikale Partei hat ihre bisherige Position von 10 Sitzen behaupten können. — Die gleichzeitig in den Vororten von Genf stattfindenden Gemeindevahlen brachten für die Sozialisten in Plainpalais zwei und in Courrouge drei Sitze.

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf G. A. Salias.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Kuhn.

(37. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Endlich wurde einem Kaufmannsgehilfen im Nachbarstädtchen, welcher sämtliche Waren nach Beresopole brachte, das Betreten des Gutes verboten. Schon fünf Jahre hindurch kam dieser junge Mann nach Beresopole, lieferte die Waren ab, regulierte die Rechnungen und war ein Liebling von Trubitzkoe und Eugenie keineswegs gleichgültig. Als nun der junge Kaufmann erfuhr, welche Stellung jetzt Eugenie im Schlosse einnahm, grüßte er sie durch kühle höfliche Verbeugung und lächelte dabei etwas spöttisch, als wollte er ihr zu ihrem neuesten Avancement gratulieren.

Endlich hatte Trubitzkoe alles erraten. „Ich bin doch wirklich ein wahres Kalb“, sagte er. „Jedes Kind würde es bereits durchschauen haben. Erst jetzt nach so langer Zeit geht mir ein Licht auf, wer hier eigentlich das Regiment führt. Es ist die Waite Eugenie. Was doch alles in der Welt passiert! Aber wer hätte auch so etwas denken können! Mein Gott, wie viel Veränderungen sind doch binnen kurzer Zeit hier in Beresopole vor sich gegangen! Man hat mich fortgejagt und wieder zurückgerufen. Ein anderer Verwalter schaltete und waltete hier, ein Miat oder ein Araber. Die Fürstin wurde die Frau eines Fiskus, und Jegor lebt als großer Herr in Italien. Elias Petrowitsch ist jetzt in zweifacher Hinsicht ein Beresopolster. Andrei Zwanowitsch lebt nicht mehr, und dieses Bauerntöchterchen, diese Eugenie, für welche es eine Ehre gewesen wäre, wenn der junge Kaufmann sie geheiratet hätte, dieses Mädchen geberdet sich wie eine Fürstin! Wenn man mir so etwas erzählt, so würde ich alles für Lug und Trug erklären, und nun muß ich es mir mit eigenen Augen anschauen. Was wird jetzt noch kommen, was wird sich jetzt noch ereignen? Etwas geschieht noch, das steht fest, und ich ahne es schon!“

Bei diesen Worten schlug er mit der Faust so heftig auf den Tisch, wie er es noch niemals in seinem Leben getan hatte. Eine bange Ahnung beschlich ihn. Vielleicht vertritt sie auch mich, der ich hier seit mehr denn fünfzehn Jahren unumschränkter Verwalter, ja, beinahe Gebieter gewesen bin, dachte er. Und je mehr Trubitzkoe über den Fürsten und Eugenie nachgrübelte, desto mehr haunte er über seine Blindheit — mit offenen Augen hatte er nichts gesehen; denn machte er sich die Sache zuerst klar, so wäre es nicht anders

wieder gelangte er zu dem Resultate: Eugenie hielt die Fäden in der Hand, und ihr untertänigster Diener war Fürst Elias Petrowitsch.

Sehr bald hatten auch sämtliche Bewohner von Beresopole erraten, daß das Geschick aller, angefangen vom Fürsten Elias hinab zu dem kleinsten Knecht im Dorfe, in den Händen Eugeniens ruhte, die jetzt so zart und weich parfümiert waren; diese Händchen, an deren Fingern viele kostbare Ringe blühten, hatten schon längst aufgehört, ein Bügeleisen oder eine Nadel zu führen.

Bereits in Kasan hatte sich Eugenie sehr verändert. Ihre Willenskraft, ihre Herrschsucht und ihre Tüde, die bislang in ihr schlummerten, entfalteten sich jetzt in erschreckender Weise; denn sie herrschte nun über zweitausend Seelen, die teils in Beresopole, teils in Pratschschinoe wohnten. Allein nicht die Macht, welche ich jetzt besaß, war es, wonach sie hauptsächlich strebte; das Ziel, das sie sich gesteckt hatte, war ein ganz anderes. Wie würde Fürst Elias wohl erschrecken, wenn er erführe, woran das geliebte, schöne Mädchen dachte! Eugeniens Streben ging dahin, den Fürsten derart zu unterjochen, daß er ihr in allen Dingen, vom größten bis zum kleinsten, willenslos wie ein kleines Kind gehorchen sollte. Dieses Ziel hatte sie beinahe erreicht; denn seit anderthalb Monaten wagte Elias Petrowitsch nicht mehr ihr den geringsten Widerspruch entgegenzubringen. Damals, als der Weberburche wegen seines großen, doch entschuldigen Vergehens gegen Eugenie unter die Soldaten gesteckt wurde, hatte sich der Gutsherr den ganzen Abend mit Sorgen und Vorwürfen gequält, bis endlich das schöne Mädchen mit glatten Worten ihn beruhigte. Das zweite Ziel, welches Eugenie anstrebte, war schon viel einfacher Natur; sie wollte nämlich den Fürsten bewegen, sie zu heiraten. Hier in Beresopole, wo die Fürstin Pauline ihren Leibeigenen ehelichte, konnte nach ihrer Ansicht ein alter Hagestolz schon längst sich mit einem hübschen, jungen Mädchen vermählen, ohne daß sich die Leute so sehr darüber zu wundern brauchten. Solcher Beispiele gab es ja viele, auch hier in der Umgegend. Fürstin Pauline hatte gewaltiges Aussehen erregt, doch von ihrer Heirat würde niemand reden. Endlich hatte sich Eugenie noch etwas vorgenommen, es war nur eine Kleinigkeit, etwas höchst Einfaches, und dennoch lag es ihr sehr am Herzen, und sie war überzeugt, daß die künftige Fürstin Beresopolsta ihren Willen durchsetzen würde, koste es, was es wolle; sie wollte sich als Hochzeitsgabe vom Fürsten das Gut Pratschschinoe erbitten, sowie zehn bis zwölf Bauern, die dorthin als ihre Leibeigenen übersiedeln sollten — unter ihnen Jegor Wilowanow.

Das junge Mädchen setzte den Fürsten sehr häufig in Erstaunen; er wußte und ahnte nicht, weshalb sie so traurig

„Woran denkst Du?“ fragte der gutmütige Fürst. „Warum bist Du so niedergedrückt?“ Was für einen Kummer kündest Du nur haben?“

„Ich denke daran, daß es doch eigentlich eine schwere Sünde ist, ohne den Segen der Kirche mit Ihnen zu leben,“ entgegnete Eugenie.

Der Fürst antwortete nichts, sondern versank in tiefes Nachdenken.

Noch eine letzte Aufgabe hatte sich Eugenie gestellt, und es kostete nicht die geringste Mühe, diese Aufgabe zu erfüllen. Sie mußte aus Beresopole einen Menschen entfernen, der ihr stets ein lebendiger Vorwurf zu sein schien. Sie hatte ihm bislang nichts Böses zugefügt, und er hatte ihr immer nur Gutes erwiesen und gewünscht. Aber seine grauen Augen waren ihr unaussprechlich; der Mensch genierte sie. Niemals widersprach er ihr, niemals tadelte er sie, und dennoch wurde derselbe ihr mit jedem Tage verhaßter. Dieser Mann war niemand anders, als Matar Matarowitsch Trubitzkoe. Je mehr Eugenie danach trachtete, ihn zu verjagen, desto mehr ahnte der treue Verwalter die Hinterlist seines Feindes. Weshalb sie ihn eigentlich verderben wollte, war ihm unerklärlich, und sie selbst wußte es auch nicht, allein diese beiden Menschen waren so grundverschieden, daß sie unmöglich nebeneinander leben konnten.

XI.

Der ganze Sommer verging still und einsam. Der Fürst fühlte sich unaussprechlich glücklich, und Eugenie wurde durch den geringsten Widerspruch sehr erregt und heftig gereizt. Elias Petrowitsch widersprach ihr nie, im Gegenteil, er achtete ängstlich darauf, daß niemand seinen Liebling reizte; denn er fürchtete, es könnte ihrer Gesundheit schaden. In Beresopole hatte sich inzwischen manches geändert. Es schaltete bereits ein neuer Verwalter dort, ein alter Bauer vom Gute, während Trubitzkoe in Pratschschinoe wohnte und jede Woche bloß einmal nach Beresopole kam. In der Wechere war die Arbeitszeit verlängert, und Spiele und Gefänge mußten unterbleiben. Von den Dienern hatten einige die Freiheit erhalten, andere waren nach Pratschschinoe übersiedelt. Auch Lufaria Jegerowna lebte jetzt dort — einer Bequemlichkeit wegen.

Da Frau Wilowanow auch ihr Haus in Moskau verkauft hatte, so waren sämtliche Diener von dort nach Beresopole zurückgekehrt. Da diese Leute viel im Leben kennen gelernt und unter Zupine Saweljewnas Regiment gelebt hatten, so wußten sie durch ihre Geschmeidigkeit sich binnen kurzer Zeit die Gunst Eugeniens zu erwerben; sie waren ihre Lieblinge und wurden viel freundlicher behandelt.

Der 1. Mai in Riga. Die diesjährige Maifeier, die in Riga, im Gegensatz zu dem übrigen Rußland, nach neuem Kalender stattfindet und die unter dem Zeichen der verschärften Reaktion und der anwachsenden Arbeiterbewegung stand, verlief sehr glänzend. Trotz den von der Administration getroffenen Maßnahmen, umfangreichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, konnte sie nicht verhindert werden. In vielen Betrieben wurde die Arbeit schon Donnerstag nachmittag niedergelegt. Nach offiziellen Berichten feierten am 1. Mai 45.000 Arbeiter, tatsächlich war die Zahl aber bedeutend größer. Alle größeren Betriebe feierten, in 104 Fabriken war die Arbeitsruhe vollständig, in anderen wurde nur teilweise gearbeitet. Die Straßen waren am Nachmittag von Arbeitern gefüllt, gegen Abend fanden Demonstrationen statt; rote Banner wurden getragen und Arbeiterlieder gesungen. Polizei trieb die Demonstranten auseinander, über 60 Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Feier hinterließ einen starken Eindruck.

Gewerkschaftsbewegung.

Tariffbewegung der Glasmacher in Nauha. Am Sonnabend reichten die Belegschaften der drei Glashütten Gebr. Hirsch, E. Heintzel Nachf. (Inh. Gebr. Greiner) und Rob. Greiner die Kündigung ein. Die Urlassen dazu sind Tarifstreitigkeiten. Am 1. April war der bisher bestehende Tarif abgelaufen. Schon Anfang Februar hatten die Arbeiter der drei Betriebe einen neuen Tarif eingereicht. Die Unternehmer haben es aber fortgesetzt verstanden, die Verhandlungen hinauszuziehen. Die Kündigung läuft am Sonnabend, dem 16. Mai, ab. In Betracht kommen rund 250 Beschäftigte.

Der Streik der Fuhrleute in Dortmund zeigt ein überaus bewegtes Bild infolge des Eingreifens der Polizei zugunsten der bestreikten Firmen, die versuchen, mit Streikbrechern ihre Betriebe aufrecht zu erhalten. Auf allen Wagen der Müllabfuhr, auf den Kollwagen der Speditionsfirmen, überall hat auf dem Kutschersitz neben dem Kutscher ein Schutzmann Platz genommen. In der Nähe der Lageräume der bestreikten Firmen steht man große Schutzmannsaufgebote zu Fuß und zu Pferde. Die Straßen werden abgesperrt und große Volksmassen sammeln sich infolgedessen an. Es ist wieder genau wie bei früheren Märschen, wo schon oft das Vorgehen der Polizei zu großen Straßenschlachten Anlaß gegeben hat. Es ist auch jetzt schon zu ernstlichen Konflikten mit dem Volkseifer gekommen. Die Forderungen der Streikenden sind: ein Wochenlohn von 30 Mark, einhündig Arbeitszeit, Bezahlung der überstunden und der Sonntagsarbeiten mit 25 Proz. Zuschlag. Das sind

wirklich bescheidene Forderungen. Bisher gab es noch 14-, 15- und 16stündige Arbeitszeit bei 25 Mt. Wochenlohn.

Die tarifbrüchigen Malermeister in Rheinland-Westfalen, die wegen ihres Disziplin- und Tarifbruchs im vorigen Jahre aus dem Hauptverband der Unternehmer ausgeschlossen wurden, mühen sich noch immer, den Tarif anzuerkennen. Doch schon wird es ihnen recht unbegreiflich zu muten. Dort, wo die Malergehilfen nicht auch ohne Tarif bekommen, was sie nach dem Reichstaxtarif beanspruchen könnten, gibt es Konflikte. Verschiedene Firmen wurden gesperrt, in anderen Städten streiken die Geiseln. So werden die Herren Unternehmer noch manche unruhige Stunde haben, wenn sie in ihrem Tarifbruch weiter verharren. Dieses Verhalten der Unternehmer belebt die Organisationstätigkeit der Geiselnorganisationen, wird doch dem interesselosen Arbeiter gezeigt, was er zu fürchten hätte, wenn seine Organisation nicht dauernd auf dem Posten wäre. Die Tarife würden verschwinden und die schlimmste Lohnrückerei einreißen.

Staatsanwaltschaft und Innungsterroristen. Wir berichten neulich, daß bei einer Tarifbewegung der Fleischer im Bezirk Dresden ein Meister in Mitleid seiner Rundschaft durch ein Inserat in der Pirnaischen Volkszeitung mitgeteilt hatte: „Der Tarif des Zentralverbandes der Fleischer ist anerkannt.“ Darauf erhielt er vom Vorstände der Freien Fleischerinnung des mittleren Elbals (Sig. Laubegart) einen langen Brief, worin es mit Bezug auf das Inserat heißt: „Wie Ihnen schriftlich mitgeteilt worden ist, hat die Innung... beschlossen, alle Anträge des Zentralverbandes der Fleischer auf Abschluß von Tarifverträgen abzulehnen und bei vorkommenden Boykottierungen sich der boykottierten Kollegen anzuschließen, die Nichtannahme des Beschlusses aber durch den Innungsvorstand mit 20 Mt. Strafe für jeden einzelnen Fall zu bestrafen. Der unterzeichnete Innungsvorstand steht in dem... Schlußsatz ihres Inserats nicht nur eine Nichtannahme des erwählten Beschlusses, sondern einen schweren Verstoß gegen die Pflichten der Kollegialität und eine die gesamte Innung und ihre Mitglieder schädigende sittenwidrige Handlungsweise. Der Vorstand wirft deshalb... wegen Zuwiderhandlung gegen den bezeichneten Beschluß eine Geldstrafe von 20 Mt. gegen Sie aus und sieht deren sofortiger Einzahlung entgegen. Er gibt Ihnen weiter auf, bei etwaigen künftigen Inseraten und sonstigen Bekanntmachungen den... Schlußsatz hinwegzulassen und sich aller Bekanntmachungen des Inhalts, daß Sie den Tarifvertrag anerkennen, zu enthalten. Es wird Ihnen aufgegeben, sofort vom

Vertrage zurückzutreten.“ Gegen diesen unerhörten Innungsterror rief der Terrorisierte die Staatsanwaltschaft an, die aber beziehungsweise die Einleitung des Verfahrens ablehnte. Nun hat auch die Oberstaatsanwaltschaft die gegen den Entschluß der Staatsanwaltschaft eingelegte Beschwerde abgewiesen mit der Begründung: „Es ist nicht richtig, wenn dasselbe (das Beschwerdeverfahren) davon ausgeht, die in Betracht kommende Innung drohe dem Beschwerdeführer, falls er nicht vom Tarifvertrage zurücktrete, eine Strafe von 20 Mt. an. Der Innungsvorstand läßt sich, wie aus ihrem Wortlaut erhellt, eine Drohung irgendwelcher Art überhaupt nicht entnehmen. Es geht auch aus der Aufschrift nicht hervor, daß deren Absehen den Beschwerdeführer, um dessen Willen zu bestimmen, an seiner Ehre verletzten hätte. Schon deshalb ist die Fügigkeit, gegen die Beschuldigten, sei es wegen Verdacht der Missetat, sei es wegen Vergehens nach § 153 St. O. vorzugehen, zu verneinen. Auch der Tatbestand der Beleidigung erscheint nicht gegeben (zu vgl. § 193 St. G. B.).“ — Die sonst so findigen Anklagebehörden lesen also aus der Drohung des in Frage kommenden Meisters (Geldstrafe von 20 Mark) keine Bedrohung und Nötigung und aus dem Vorwurf eines schweren Verstoßes gegen die Pflichten der Kollegialität und einer die gesamte Organisation und alle ihre Mitglieder schädigenden sittenwidrigen Handlungsweise keine Beleidigung und Ehrverletzung heraus. Ob die Anklagebehörden in der gleichen Handlung, von Arbeitern begangen, ebenfalls nichts Strafbares erblickt haben würden? Wir möchten keinem Arbeiter raten, die Probe aufs Exempel zu machen, da er sich zweifellos auf eine schwere Gefängnisstrafe gefaßt machen könnte. Aber die Innungsterroristen bleiben unbehelligt und dürfen auch fernerhin ungestört bedrohen, beleidigen und nötigen!

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 10 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Mehr Schutz den jungen Arbeitern! — Erlösung. Die Geschichte einer proletarischen Jugend. Von Fritz Sepp. — Der Kampf um den freien Sonntag. Von Gustav Koch. — Babylon. Von A. Gänger. (Mit Abbildungen.) — Am Fabrikator. Gedicht von L. Vossen. — Ein Kesseltreiben auf die Arbeiterjugend. — Die Gegner an der Arbeit. Von der Rehrseite der Kultur. Beilage: Die Fischer. Erzählung von Johan Vojer (Hort). — Ein Dichter der Jugend. Von Konrad Haenisch (Schluß). — Eine Harzwanderung. (Mit Abbildungen.) Von W. Baegel. — Die drei großen griechischen Tragiker. 2. Sophokles. Von Otto Koenig. — Verriest. Erzählung von Fritz Müller.

Schweinefleisch 65
dicke Rippen 65
Ger. Schmelzhintern 80
 ohne Knochen 90 u.
 Dicke Kücken 60 u.
 Pa. Giesbein, 12 u. 100. 45 u.
 Pa. feisch. Giesbein 15 u.
 Pa. fetter Speck bei Woll. 70 u.
 von 4 Woll. 70 u.
 Pa. weiches Schmalz 6. 60 u.
 von 2 Woll. 60 u.
 Pa. gefochte Mettwurst und Leberwurst 80 u.
Karl Lahrtz, Württembergische
 11-16.
 norm. M. Lahrtz. (3000)

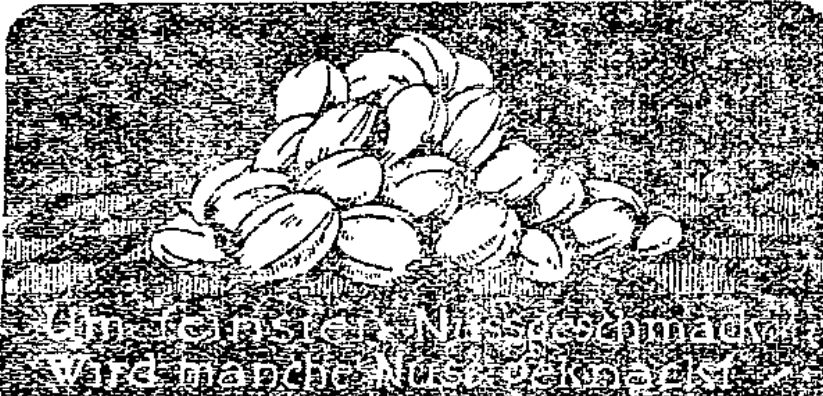
Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der
 Buchdruckerei des Süb. Volksboten.
 Johannisstraße 46.



Siegerrin

Allerfeinste Süßrahm-Margarine
 im Geschmack und Aroma der
 Molkereibutter am nächsten.



Palmato

Pflanzenbutter-Margarine
 von größter Butterähnlichkeit
 und feinstem Nußgeschmack.

Überall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Schulheftreihhefte

mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die
 Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
 Wiedemannstraße 46, Altona.

Für
Naturfreunde
 Sonntage eines Großstädtlers
 in der Natur
 Von Kurt Grottelwitz
 Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche
 sowie einem Porträt des Verfassers
 Vierte Auflage
 Ein treuer Begleiter bei den sonntäglichen
 Wanderungen: Von der Presse lobend besprochen
 Preis gut gebunden 1 Mark
 Zu beziehen durch die
 Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46

Lupa
 hochfeine
2 Pfg.
Cigarette
 Specialmarken:
Salem Aleikum
Salem Gold
 Acht mit Firmen:
 Orient Tabak- u. Cigarettenfabrik
 Yenidze, Inhaber Hugo Zietz, Dresden
Trusifrei!

Die Arbeitsgarberoben

Bahr & Umlandt

— Breite Straße 31 —
 sind anerkannt preisw. u. haltbar.
 Zwirnhosen . . 1.40 bis 3.50
 Flathosen . . 2.50 bis 5.50
 Maurerhosen . 2.90 bis 7.50
 Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50
 Schloßeranzüge 2.80 bis 5.00
 Klapp- u. Bauchhosen in allen
 Qualitäten.
 Trotz der billigen Preise
 rote Lubecamarken.

Mk. 7.75
 Mk. 10.50
 Mk. 9.50
 Mk. 12.50

Friedr. Baurenteind

Mühlenstr. 34. Fernspr. 1365.

Betten, Bettfedern
 u. a. Betten-Mittel
 kaufen Sie billig und reell bei
 Markt **Otto Albers** Kohlmarkt
 4. **10.**
 a. B. kompl. Betten v. 12.50 Mt. an.
 Federn per Woll. v. 45 Pf. b. 4 Mt.
 2) Rote Lubeca-Marken.

Heines Werke
 3 Bände 4 Mk.
 Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
 Johannisstr. 46.
 Verantwortlicher Redakteur: Johs.
 Stelling. Verleger Th. Schwab.
 Druck: Friedr. Meyer u. Co.
 Eämtlich in Lubec.